

4 Mitteilungen

Bürgermeisterin **Kahr**:

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen in der Grazer Stadtregierung, geschätzte Kollegen im Gemeinderat, liebe Mitarbeiter:innen, geschätzte Gäste auf der Galerie und via Livestream, ich darf Sie recht herzlich zu unserer außerordentlichen Gemeinderatssitzung heute begrüßen. Bevor wir zu den Tagesordnungspunkten kommen, muss ich zwei Mitteilungen machen.

4.1 Rücklegung des Gemeinderatsmandates durch GRⁱⁿ Daniela Gmeinbauer Angelobung des Nachfolgers Kurt Hohensinner, MBA

Bürgermeisterin **Kahr**:

Frau Gemeinderätin Daniela Gmeinbauer hat ihr Mandat als Mitglied des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz mit Ablauf des 29. Oktober 2024 zurückgelegt. Daher hat die erste Stadtwahlleiterin, Frau Dr. Andrea Michitsch, den Ersatzkandidaten vom Wahlvorschlag der Grazer Volkspartei, Herrn Kurt Hohensinner, auf dieses frei gewordene Mandat berufen. Ich darf nun den neu berufenen Gemeinderat bitten, sich von seinem Sitz zu erheben und das vom Magistratsdirektor Mag. Martin Haidvogel zu verlesende Gelöbnis mit den Worten: „Ich gelobe“ zu leisten.

Magistratsdirektor **Haidvogel**:

„Ich gelobe unverbrüchliche Treue der Republik Österreich und dem Lande Steiermark, gewissenhafte Beachtung der Gesetze, unparteiische und uneigennützig Erfüllung meiner Aufgaben, strenge Wahrung der mir obliegenden Verschwiegenheitspflicht und Förderung des Wohles der Stadt Graz nach bestem Wissen und Gewissen.“

Stadtrat **Hohensinner**:

Ich gelobe.

Originaltext der Mitteilung:

Frau Gemeinderätin Daniela Gmeinbauer hat ihr Mandat als Mitglied des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz mit Ablauf des 29. Oktober 2024 zurückgelegt.

Daher hat die 1. Stadtwahlleiter-Stellvertreterin MMag. Dr. Andrea Michitsch den Ersatzkandidaten vom Wahlvorschlag der „Liste Siegfried Nagl — die Grazer Volkspartei“,

Herrn Kurt Hohensinner, MBA

auf dieses frei gewordene Mandat berufen (§ 20 Abs. 3 Statut der Landeshauptstadt Graz, LGBl. Nr. Graz, 14.11.2024 130/1967 idF LGBl. Nr. 77/2024 iVm § 87 Abs. 2 Gemeindewahlordnung Graz 2012, LGBl. Nr. 86/2012 idF LGBl. Nr. 16/2024).

Ich lade den neu berufenen Gemeinderat ein, sich von seinem Sitz zu erheben und das von Magistratsdirektor Mag. Martin Haidvogel zu verlesende Gelöbniß mit den Worten „Ich gelobe“ zu leisten (§ 17 Abs. 6 Statut der Landeshauptstadt Graz).

(Verlesung der Gelöbnißformel und Ablegen des Gelöbnisses)

Ich danke Ihnen und ersuche Sie, das Angelobungsprotokoll zu unterschreiben und damit zu bestätigen, dass Sie das Gelöbniß abgelegt haben.

4.2 Beurlaubung von GRⁱⁿ Anna-Sophie Slama

Bürgermeisterin **Kahr:**

Eine weitere Mitteilung: Frau Gemeinderätin Anna-Sophie Slama wird eine berufliche Fortbildung im Ausland absolvieren, weshalb sie in dieser Zeit ihren Aufgaben als Gemeinderätin der Landeshauptstadt Graz nicht nachkommen kann. Sie ersucht daher um Beurlaubung im Zeitraum vom 14. November dieses Jahres bis 13. Februar 2025.

Eine solche Beurlaubung bedarf nach § 47 Abs 3 Statut einer Bewilligung durch den Gemeinderat. Bei der Bewilligung ist darauf bedacht zu nehmen, dass die Beschlussfähigkeit des Gemeinderates, des Stadtsenates und der Verwaltungsausschüsse sowie der vorberatenden Gemeinderatsausschüsse nicht gefährdet ist. Für den Zeitraum der Beurlaubung entfallen die Bezüge im Sinne des § 3 Abs 2 Steiermärkischen Gemeindebezügegesetzes. Wenn Sie damit einverstanden sind, liebe Kolleginnen und Kollegen, dann bitte ich Sie um ein Zeichen mit der Hand. Danke vielmals, somit sind wir beschlussfähig.

Originaltext der Mitteilung:

Gemeinderätin Anna-Sophie Slama wird eine berufliche Fortbildung im Ausland absolvieren, weshalb sie in dieser Zeit ihren Aufgaben als Gemeinderätin der Landeshauptstadt Graz nicht nachkommen kann. Sie ersucht daher um Beurlaubung im Zeitraum vom 14.11.2024 bis 13.02.2025.

Eine solche Beurlaubung bedarf nach § 47 Abs3 Statut einer Bewilligung durch den Gemeinderat. Bei der Bewilligung ist darauf Bedacht zu nehmen, dass die Beschlussfähigkeit des Gemeinderates, des Stadtsenates, der Verwaltungsausschüsse und der vorberatenden Gemeinderatsausschüsse nicht gefährdet wird. Für den Zeitraum der Beurlaubung entfallen die Bezüge im Sinne des § 3 Abs 2 Steiermärkisches Gemeinde-Bezügegesetz.

Außerordentliche öffentliche Sitzung des Gemeinderates vom 14.11.2024

*Ich ersuche die Gemeinderatsmitglieder, die mit der Beurlaubung einverstanden sind,
um ein Zeichen mit der Hand.*

5 Entschuldigungen

Bürgermeisterin **Kahr**:

Ich möchte nur noch die heutigen Entschuldigungen bekannt geben:

Aus Krankheitsgründen sind Herr Gemeinderat Brandstätter, Herr Gemeinderat Gostentschnigg und Frau Gemeinderätin Herlicska entschuldigt. Herr Gemeinderat Horst Alic wird die ordentliche Sitzung ab 13.00 Uhr aufgrund eines Termines aus beruflichen Gründen um 17.45 Uhr verlassen.

6 Tagesordnung

Beginn Tagesordnung: 10.42 Uhr

Bürgermeisterin **Kahr**:

Somit, geschätzten Kolleginnen, kommen wir zu den beiden Tagesordnungspunkten.

Zwischenruf

Bürgermeisterin **Kahr**:

Bitte, ja.

Gemeinderat **Eustacchio**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, meine Damen und Herren, ich mache es ganz kurz. In dieser Sondersitzung wird, wie auch in den ordentlichen Gemeinderatssitzungen das Gesagte aufgenommen. Ich sage das deswegen, weil ja in letzter Zeit oftmals illegale Themen aufgenommen wurden. Das einfach einmal als Mitteilung für alle. Es geht darum, dass alles, was gesagt wurde mitgeschnitten ist und es geht darum, dass es möglicherweise in dieser Debatte zu doch heftigeren Auseinandersetzungen kommen könnte. Ich möchte darauf hinweisen, dass es möglicherweise auch zu inkriminierenden Aussagen kommen kann, aber das wäre dann mitgeschnitten und festgehalten. Ich werde mich bemühen, das hier sehr seriös und sehr zurückhaltend abzuführen und auszusagen. Ich darf die Kolleginnen und Kollegen bitten, auch der Würde des Hauses entsprechend sich zu äußern und zu verhalten. Danke schön.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke vielmals, Herr Gemeinderat. Dies ist absolut auch in unserem Sinne. Schon allein aus datenschutzrechtlichen Gründen ist es gut und notwendig, persönliche Untergriffe hier zu vermeiden.

Ich möchte aber auch aufmerksam machen, dass wir heute noch eine ordentliche Gemeinderatssitzung, die wir anberaumt haben, um 13.00 Uhr. Ich möchte nur darauf aufmerksam machen und möchte gleich zum Punkt eins kommen. Hier geht es um einen Bericht, der zu dieser außerordentlichen Gemeinderatssitzung geführt hat. Es haben hier alle Mandatar:innen aller Klubs und Fraktionen im Gemeinderat diesen Antrag unterschrieben und ich darf bitten, Herrn Gemeinderat Pointner um Berichterstattung.

6.1 Stk.1) Präs-156478-2024-0001 Antrag zur Abhaltung einer außerordentlichen Gemeinderatssitzung

(Berichterstatter: GR Pointner, NEOS)

Gemeinderat **Pointner**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Stadtsenatsmitglieder, geschätzte Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, geschätzte Verwaltung, werte Vertreterinnen der Medien, liebe Zuseher:innen, liebe Grazerinnen und Grazer. Der Finanzskandal rund um die FPÖ ist seit nunmehr drei Jahren gerichtsanhängig. Die Vorwürfe sind bekannt. Der Skandal schwebt, wie eine ständige, düstere Wolke über diese Gemeinderatsperiode und deshalb halte ich die heutige außerordentliche Gemeinderatssitzung für extrem wichtig, weil das, was gerade von der Staatsanwaltschaft aufgearbeitet wird, auch die Frage aufwirft, wie es um die Kontrolle und Transparenz im Umgang mit Steuergeld für die Politik in unserer Stadt bestellt ist. Zum Glück tut sich ja hier einiges, auch wenn wir das Ziel noch nicht erreicht haben.

Aber vielleicht schaffen wir ja heute einen weiteren Schritt in die richtige Richtung. Zu Beginn möchte ich mich bei vielen von Ihnen bedanken, dass Sie meinen Antrag auf Abhaltung dieser Sitzung des Gemeinderates unterstützt haben und ich mache auch kein Hehl daraus, dass ich die Sitzung sehr gerne vor der letzten Landtags Sitzung am 5. November gemacht hätte, um auch dem Land noch einmal ganz deutlich auszurichten, dass das Grazer Transparenzpaket noch vor der Landtagswahl zu beschließen gewesen wäre, aber ich kann die Entscheidung des noch Landeshauptmanns Christopher Drexler von der ÖVP und seines Stellvertreters Anton Lang von der SPÖ gegen mehr Transparenz in der Stadt Graz nicht ändern. Es ist klar, dass es unter anderem an diesen beiden Altparteien und ehemaligen Großparteien gelegen ist und immer noch liegt, dass mehr Kontrolle und Transparenz politisch verunmöglicht wird, trotz aller Skandale der letzten Jahre von Ibiza bis Graz.

Nichtdestotrotz ein besonderes Danke für die Unterstützung heute und die unermüdliche Aufklärungsarbeit an Kollegen Pascuttini, dem ich persönlich meinen größten Respekt zolle, denn ich glaube, dass das, was er leistet, alles andere als leicht ist und da, wo er mit seiner Aufklärungsarbeit an vorderster Front mitwirkt, stellt er sich eine wirklich herausfordernde Aufgabe. Danke an die Regierungskoalition von KPÖ, Grünen und SPÖ, die sehr schnell ihre Unterstützung zugesagt hat, und selbstverständlich ein Dank an die Stadt-ÖVP, die unseren Antrag auch unterstützt. Ich möchte gleich zu Beginn betonen, dass es mit dem heutigen Sondergemeinderat noch nicht getan sein wird, um die Konsequenzen aus dem Grazer Finanz- und Spesenskandal final zu ziehen. Ich erwarte mir aber von heute, dass wir hier als Stadtpolitik wachsam und aktiv bleiben und unsere eigenen Hausaufgaben sehr rasch erledigen und auch beim Land den Druck auf allen Ebenen erhöhen, damit endlich gewährleistet wird, was wir hier alle für Graz wollen, nämlich konstruktive, kritische Kontrolle und Transparenz. Dazu gehört eine Wahlkampfkostenobergrenze, die Überarbeitung der Klubförderrichtlinie und die Abschaffung der Verfügungsmittel. Sie wissen, dass mir das als Grazer Bürger persönlich wichtig ist, stellvertretend für alle Grazerinnen und Grazer, die das genauso sehen wie ich. Es ist mir auch als Vorsitzender des Kontrollausschusses des Gemeinderates ein besonderes Anliegen,

denn der Gemeinderat ist das oberste Kontrollorgan unserer Stadt und der Kontrollausschuss muss die bestmögliche Kontrolle der Stadtpolitik liefern können. In unserem Antrag steht, dass wir heute über das Grazer Transparenzpaket, die Klubförderung und die Verfügungsmittel sprechen wollen. Zum letzten Punkt, den Verfügungsmitteln, wird es folgend noch einen eigenen Tagesordnungspunkt geben, weil der Umgang mit diesem Transcherlgeld der Politik ja auch Auslöser für den heutigen Sondergemeinderat war. Anders gesagt, dieser abenteuerliche Umgang mit Steuergeld hat das Fass des Vorstellbaren zum Überlaufen gebracht. Ich erinnere jetzt an die Berichte über das Spesenkonto des ehemaligen Vizebürgermeisters Mario Eustacchio, der heute ja auch als Gemeinderat an der Debatte teilnimmt. Darin finden sich Ausgaben für Barbewirtung, Wein und Barabhebungen, Buchungen mit dem Namen „Chamonix“ und „Hochzeit Kunasek“ sowie Reisekosten für Amtsleiter. Die zentrale Frage, die wir uns daher heute hier stellen müssen, ist folgende: Braucht es neben der üppigen Parteien- und Klubförderung in unserer Stadt noch ein zusätzliches Spesenkonto für die Mitglieder des Stadtsenats, zu dem auch die Bürgermeisterin und ihre Stellvertreterin zählen? Braucht es noch ein zusätzliches Spesenkonto für die Klubobleute und braucht es noch ein zusätzliches Spesenkonto für hohe Ämter in der Verwaltung? Ein Spesenkonto, das unkontrollierbar ist und das eigentlich alles ermöglicht, was man sich vorstellen kann, ohne Transparenz und Kontrolle. Wir NEOS sagen dazu ganz klar nein, denn Verfügungsmittel sind für uns ein Relikt aus vergangener Zeit für Polit-Dinosaurier. Die Parteien bekommen mehr als genug Geld über die Parteien- und Klubförderung in unserer Stadt und statt am unkontrollierbaren Transcherlgeld festzuhalten, sollten Sie, werte Stadtregierung, sich lieber um klare Regeln bei der Klubförderung kümmern und auch diese endlich halbieren, so wie wir NEOS das seit Jahren fordern. Kommen Sie bitte endlich ins Tun, denn dank der Medienberichterstattung können wir uns ja heute ungefähr vorstellen, wofür über die Spesenkonten der Stadtregierung das Geld so ausgegeben wird. Dazu möchte ich jetzt schon sagen, wenn ich mir mein Faschingskostüm nicht privat kaufen möchte, um mit meinen Kolleg:innen, Mitarbeiter:innen und Freunden zu feiern, dann sollte ich, denke ich, zu Fasching doch lieber zu Hause bleiben und den

Fernseher aufdrehen. Und wenn es um Verpflegung geht, gemeinsames Essen zum Beispiel als Dankeschön für ehrenamtliche Aktivist:innen oder um ein Essen, um die politische Zusammenarbeit zu verbessern, also darum, dass man kommunalpolitische Arbeit befördert, ja oder meinetwegen auch eine Jause hier zur Gemeinderatssitzung, dann kann ich das über den Klub sauber und transparent abrechnen. Denn dafür ist das Geld unter anderem auch da. Meine Jause für heute, die habe ich mit, die haben wir hier am Platz liegen. Ist eine Wurstsemmel, eine Packung Manner-Schnitten, ein Orangensaft und wir NEOS feiern heute den Tag der offenen Konten. Ich bin sehr stolz, dass wir NEOS jede Wurstsemmel, die wir als Sitzungsjause kaufen, auch transparent auf unserer Website ausweisen.

Ich würde mich daher freuen, wenn wir es schaffen, und damit komme ich zur Parteien- und Klubförderung, dass alle Fraktionen hier im Saal ihre Ausgaben transparent veröffentlichen würden, dann wäre zumindest in diesem Punkt der Nachvollziehbarkeit Genüge getan. Was auch wichtig ist und uns hier im Gemeinderat mittlerweile seit fast drei Jahren beschäftigt - deshalb ist es auch auf unserem Antrag aufgeführt - das sind schärfere Kontroll- und Transparenzregeln, zu denen wir uns hier im Gemeinderat mehrfach und mehrheitlich bekannt haben. Das ist das sogenannte Grazer Transparenzpaket und es ist noch immer nicht zur Gänze umgesetzt. Stichwort Petition an das Land. Deshalb, denke ich, ist jetzt genau der richtige Zeitpunkt, darüber wieder einmal zu sprechen und darüber zu reden, was die Landespolitik in unserer schönen Steiermark alles bewirken oder in diesem Fall, was der Steirische Landtag alles verhindern kann. Ich möchte deutlich betonen, dass ich persönlich enttäuscht bin, dass die Petition an das Land für das Grazer Transparenzpaket noch immer nicht umgesetzt ist. Dabei gibt es überhaupt keinen Grund mehr, das jetzt nicht zu beschließen, denn wir konnten mit dem von uns NEOS in Auftrag gegebenen Rechtsgutachten die verfassungsrechtlichen Bedenken ausräumen, die das Land behauptet hat. Das hat die Landesregierung ja auch anerkannt. Sie hat eine Regierungsvorlage im Sommer verfasst und hat darin geschrieben, und ich zitiere jetzt wörtlich, dass sie „die Intention der Petition nach mehr Kontrolle und Transparenz in der Landeshauptstadt grundsätzlich begrüßt“, also dem Grunde nach. Aber was ist dann danach in einem

Aufwischen passiert? Die Landesregierung hat versucht, damit die Verantwortung an den Landtag abzuschieben, wo sie aber überraschenderweise die Mehrheit hat. Und was ist weiter passiert? Der Landtag hat die Petition einfach nicht behandelt und somit zum zweiten Mal in den düsteren Kellern des Landhauses versenkt. Das mag technisch richtig sein, aber politisch, und da sage ich ganz klar, ist das ein abgekartetes Spiel. Denn für alle, die es nicht wissen sollten, der Noch-Landeshauptmann ist tatsächlich auch noch Noch-ÖVP-Chef. Wenn er seinem Noch-Club gesagt hätte, das müssen wir jetzt beschließen, dann müssten wir heute nicht mehr darüber reden und alle wären glücklich. Damit hätte nämlich Noch-Landeshauptmann Drexler auch sein eigenes Transparenzversprechen gleich mit einlösen können. Aber so ist es halt leider bei der ÖVP. Die Wählerinnen und Wähler werden sich ihr eigenes Bild machen und werden wissen, was sie am 24.11. wählen müssen, wenn es ihnen um echte Transparenz und Kontrolle geht.

Was für mich heute aber außer Streit steht, ist, dass wir als Gemeinderat der Stadt Graz die Petition an das Land zur Umsetzung der Wahlkampfkostenobergrenze und Co., dem neuen Landtag wieder vorlegen müssen, sobald sich dieser konstituiert hat. Und daher bitte ich bereits heute alle Klubs und Fraktionen hier im Saal darum, sich in ihren Wortmeldungen nochmals für das Grazer Transparenzpaket auszusprechen und sich damit bereits heute zur dann dritten Vorlage im Dezember zu bekennen, unabhängig davon, wie die Wahl im Land ausgeht.

Worum geht es beim Grazer Transparenzpaket? Um nicht weniger als das grundsätzliche Ansinnen in der Stadt, die demokratische Kontrolle und die Bürgerbeteiligung an Kontrolle und Transparenz zu stärken. Und an dieser Stelle möchte ich dem Stadtrechnungshofdirektor danken, der als verfassungsmäßiges Organ der Stadt Graz einen überaus konstruktiven Beitrag in der Vorbereitung und in der Ausgestaltung des Grazer Transparenzpaketes geleistet hat. Von Seiten der Klubs besteht seit einigen Jahren der Wunsch nach einer Wahlkampfkostenobergrenze. Dazu haben wir auch vor der letzten Graz-Wahl noch ein Fairnessabkommen gebraucht, um die Steuergeldverschwendung im Wahlkampf Einhalt zu gebieten. Dasselbe Ziel verfolgen wir auch bei den Parteien- und Klubfinanzen, die wir transparenz- und

kontrollierbar machen wollen. Dazu braucht es nun eine Novellierung des Statuts der Stadt Graz und des Steiermärkischen Parteienförderungsverfassungsgesetzes. Seit Anfang 2022, seit fast drei Jahren, haben wir im Kontrollausschuss gemeinsam parteiübergreifend daran gearbeitet. Unser Ziel war es, ein wunderbares Ziel, unsere Stadtverwaltung in Bezug auf Transparenz so weiterzuentwickeln und zu verstärken, dass unsere Bürgerinnen und Bürger nicht nur informiert, sondern auch direkt an den Kontrollmechanismen beteiligt sind. Ein weiterer zentraler Punkt, neben der Wahlkampfkostenobergrenze und der Kontrolle der Partei- und Klubfinanzen, war dabei, eine Schwelle zu senken, nämlich die Schwelle für Bürgerinitiativen zur Kontrolle der Stadtpolitik und Verwaltung. Es sollte zukünftig die Unterstützung von rund 1.000 Bürgerinnen und Bürgern genügen, und das wäre ein wichtiger Schritt hin zu einer lebendigen demokratischen Beteiligung an Kontrolle und Transparenz.

Und ja, darüber hinaus war es mir besonders wichtig, dass der Stadtrechnungshof noch besser in die Lage versetzt wird, überparteilich und unabhängig für Transparenz zu sorgen, nämlich durch eine Kompetenzerweiterung zur Überprüfung von Parteiförderungen und Wahlkampfausgaben. Denn nur so können wir sicherstellen, dass die Mittel, die im Namen der Stadt und ihrer Bürgerinnen und Bürger den Parteien zufließen, stets den höchsten Standards der Transparenz und Sparsamkeit unterworfen werden.

Das Grazer Transparenzpaket ist das Ergebnis harter Arbeit und einer parteiübergreifenden Zusammenarbeit im Kontrollausschuss und ich bin wirklich stolz auf das, was wir hier im Gemeinderat gemeinsam erreichen können, konnten und können werden. Es zeigt, dass wir, der Gemeinderat, als oberstes kontrollierendes Organ der Stadt handlungsfähig sind und dass wir als Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, damit das Vertrauen in die Stadtpolitik nachhaltig stärken können. Deshalb noch einmal mein Appell an alle Klubs und Fraktionen, weiter daran zu arbeiten, dass das Vertrauen in die Politik und in ihr sparsames und transparentes Handeln weiter gestärkt wird. Das beginnt mit dem neuerlichen Bekenntnis zum Grazer Transparenzpaket und mit der Streichung der unkontrollierbaren Verfügungsmittel. Gerade angesichts des FPÖ-Spesen- und Finanzskandals sind wir das

den Grazerinnen und Grazern schuldig. Lassen wir nicht zu, dass Graz zu einem zweiten Ibiza wird, in dem Party und Machtmissbrauch vor Kontrolle und Transparenz gestellt werden.

Einen Abänderungsantrag zur Streichung der Verfügungsmittel stelle ich in weiterer Folge, nachdem der Tagesordnungspunkt 2 vorgestellt werden wird, und ich freue mich jetzt im Anschluss auf eine angeregte und konstruktive Diskussion, die das Ansehen der Grazer Stadtpolitik nicht beschädigt.

Haben Sie Dank.

Originaltext des Antrages:

Im Sinne des Motiventexts stellen die nachstehend unterfertigten Mitglieder des Grazer Gemeinderats gemäß § 49 Abs. 2 des Grazer Stadtstatuts i.V.m § 2 Abs. 2 der Geschäftsordnung für den Grazer Gemeinderat den

Antrag

auf Abhaltung einer außerordentlichen Gemeinderatssitzung, welche eine umfassende Aufarbeitung der bisherigen und noch notwendigen Maßnahmen im Zusammenhang mit dem FPÖ- Finanzskandal ermöglicht und folgende Gegenstände zusammenführt:

- 1.) StRH122254_2022_Präs-011169_2003_0054 betreffend der "Petition an den Landesgesetzgeber um Änderungen des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967 und des Stmk Parteiförderungs-Verfassungsgesetzes" - Aktueller Stand der Umsetzung bzw. der Beschlussfassung im Steiermärkischen Landtag*
- 2.) Präs-029497/2007/0009 betreffend der "Richtlinie für die Förderung der im Grazer Gemeinderat vertretenen Parteien und die Finanzierung der Klubs bzw. der Arbeit der politischen Mandatäre 2017" - Aktueller Stand der Neuregelung*

3.) *StRH-078827/2023 betreffend Buchhalterische "Schlüsselkontrollen 1. Quartal 2023" - Aktueller Stand der EN, der Veränderungsempfehlungen*

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke vielmals. Ich darf bitten, Frau Gemeinderätin Mohsenzada um die Berichterstattung des Tagesordnungspunkt 2. Es wird gemeinsam diskutiert. Das habe ich vergessen am Beginn zu sagen, dass wir gleich im Anschluss den zweiten Tagesordnungspunkt haben und dann beides gemeinsam zu diskutieren.

**6.2 Stk.2) MD-156449/2024/0001,
Präs-156306/2024/0004**

**Bericht zur außerordentlichen
Gemeinderatssitzung - Richtlinie für
Verfügungsmittel**

(Berichterstatte(r)in: KO GRⁱⁿ Mohsenzada, KPÖ)

Klubobfrau **Mohsenzada**:

Liebe Kolleginnen, sehr verehrte Zuseherinnen, lieber Antragsteller, ich werde jetzt den Bericht verlesen zur Richtlinie zu den Verfügungsmitteln.

Anfang November 2024 haben wir den Antrag von Gemeinderat Pointner erhalten mit dem folgenden Punkt 1: Petition an den Landesgesetzgeber und Änderung des Statuts der Landeshauptstadt und Umsetzung der Beschlussfassung des Steiermärkischen Landtages, Punkt 2: Betreffend der Richtlinie für die Förderung Grazer Gemeinderats vertretenden Parteien und die Finanzierung der Klubs beziehungsweise der Arbeit der politischen Mandatäre 2017 und Punkt 3: Buchhalterische Schlüsselkontrollen erstes Quartal, aktueller Stand.

Zu Punkt 1 ist leider zu vermelden, dass es im Unterausschuss zwar behandelt wurde, aber die Landesregierung in dieser Periode wohl nicht mehr darüber abstimmen wird. Daher gibt es auch folgenden Vorschlag, dass man entweder in der neuen Regierung

das noch einmal einbringt, als Gemeinderat, oder die im Gemeinderat vertretenen Parteien und Fraktionen sich mit ihren Kollegen im Landtag austauschen.

Zu Punkt 2: Bereits im Februar 2023 hat die Präsidialabteilung einen Erstentwurf für eine Neuregelung der Klubförderung vorgelegt, die am 8.3.2023 mit Vertretern des Gemeinderates besprochen wurde. Aus Folge dieser und weiterer langwieriger Verhandlungen mit stetigen Änderungsvorschlägen erfolgen zahlreiche Überarbeitungen des Entwurfs. Die letzte Überarbeitung des Entwurfs erfolgte im September 2024 und es wurde der Präsidialabteilung mitgeteilt, dass nur noch Details auf politischer Ebene zu klären sind. Eine Beschlussfassung der Richtlinie ist für die Gemeinderatssitzung im Dezember geplant. Dazu muss man nur sagen, dass alle Klubs in diesem Kreis darüber beraten.

Zu Punkt 3: Die Definition von Verfügungsmitteln. Verfügungsmittel sind die Mittel für Ausgaben, die für eine besondere Zweckbestimmung im Haushalt nicht vorgesehen sind. Dies stellt eine Abweichung des Budgetprinzips der sachlichen Spezialität dar. Die sachliche Spezialität setzt sich aus einer betraglichen und einer qualitativen Spezialität zusammen. Letztere wird durch die Budgetkombination festgestellt, die eine Kombination von Ansatz und Konto darstellt. Der Ansatz definiert die Art der Mittel, zum Beispiel Wohlfahrt oder Umweltschutz. Das Konto definiert die Art der Mittel, das sind die Pension, Rechtsberatung und die fehlenden besonderen Zweckwidmungen. Verfügungsmittel bedeuten, dass diese Mittel in der Ansatzgruppe Verfügungsmittel veranschlagt werden und auch für Zwecke jeder anderen Ansatzgruppe im Sinne der Anlage 2 verwendet werden können. Die Kontierung aus 729 sonstigen Anwendungen drückt ebenfalls eine sonstige Position, die Ausnahme von sachlicher Funktionalität aus. Die betragliche Spezialität ist durch die Erfassung eines Eurobetrages im Voranschlag gegeben, die Höhe sollte sich an dem Prinzip der Sparsamkeit orientieren. Man muss dazu sagen, dass es eigentlich schon eine gültige Regelung ab Februar 1997 gab. Im Rahmen der Beschlussfassung über die Vorprüfung des Rechnungsabschlusses 1996 hat der Gemeinderat die Vorprüfung des Rechnungsabschlusses 1996 beschlossen und die Empfehlung des Stadtrechnungshofes und des Kontrollausschusses bezüglich einer Grundsatzregelung zum Beschluss erhoben. Im

Februar 1997 wurde vom Bürgermeister Alfred Stingl die Richtlinie „Regelung für die Verwendung und Verrechnung von Verfügungsmitteln durch Organe und Organwalter der Stadt“ erlassen, die nach wie vor gültig ist. Darin ist die Verwendung und Verrechnung von Verfügungsmitteln wie folgt geregelt:

Nach der begrifflichen Festlegung im Kontinuierungsleitfaden für Gemeinden sind Verfügungsmittel jene vom Gemeinderat beschlossenen Budgetmittel, über die der Bürgermeister und andere Gemeinderat bezeichnete Organ ohne weiteren Beschluss eines Gremiums verfügen können. Verfügungsmittel sind im Voranschlag unter Ansatz 0700 zu veranschlagen. Für die Verwendung und Verrechnung von Verfügungsmitteln gilt folgende Maßnahme. Erstens, die Inanspruchnahme hat unter jeweiliger Barmittelanforderung durch den Verfügungsmittelberechtigten beim Stadtrechnungsamt in strikter Handhabung der allgemeinen Grundsätze der Budgetbewirtschaftung zu folgen, insbesondere unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Jährlichkeit. Der Budgetgrundsatz der Jährlichkeit bedeutet, dass dieser Voranschlagsbetrag nach Ablauf des Finanzjahres für keine Ausgaben zur Verfügung stehen. Der Verwendungszweck der Gelder ist nur Anlässen zu widmen, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der städtischen Aufgabenstellung stehen und drittens, Anschaffungen mit investivem Charakter unterliegen den Inventarisierungsvorschriften dies Geschäftsordnung für das Magistrat. Viertens, Zuwendungen, die dem Grunde nach lohn- beziehungsweise einkommenssteuerpflichtig sind, dürfen aus Verfügungsmitteln nicht geleistet werden. Fünftens, die Verfügungsmittelausgaben sind laufend quittierungsbelegt und gesondert schriftlich in Form einer Einnahmen-Ausgaben-Buchhaltung zu erfassen und jährlich abzurechnen. Anlass für diese Richtlinie waren auch die Medienberichte, wonach Zahlungen an Parteien und Verfügungsmitteln geflossen sind sowie die Initiativen des Kontrollausschusses.

In dem Kontierungsleitfaden 2024 sind auch 070 Verfügungsmittel geregelt, wo darin die Budgetmittel zu verstehen sind, über die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister ohne weiteren Beschluss eines Gremiums verfügen kann. Es wäre allerdings auch denkbar, dass andere Organe als Bürgermeisterin und solche zugbilligt werden.

Gebahrung zusammen mit Verfügungsmitteln kann bei der Kontengruppe 729 oder wenn eine Aufteilung vorhersehbar ist, kontenkonform veranschlagt werden.

Dann ist noch Amtspauschalen und Repräsentationsaufgaben: In dieser Gruppe werden Amtspauschalen und Repräsentationsaufwendungen aller Art verrechnet, sofern keine kontenmäßigen Untergliederungen vorgenommen werden. Unter diesem Repräsentationsaufwand ist jener Aufwand zu verstehen, der einer Gemeinde bei der Erfüllung ihrer Selbstdarstellung gegenüber außenstehenden Rechtssubjekten erwächst. Dazu zählen zum Beispiel Aufwendungen für Konferenzen, Tagungen, Verleihungen, Einladungen, Empfänge, Presseveranstaltungen, Besuchsprogramme, Bewirtung, Unterbringung, Spenden und Trinkgelder. Auf diese Gruppe sind auch Waren, die als Geschenk verteilt werden können, zu verbuchen. Nicht zum Repräsentationsaufwand zählen Anlässe, bei denen die Gemeinden nur zu ihren Bediensteten in Verbindung tritt. Das wäre die sogenannte Innenrepräsentation. Nicht zum Repräsentationsaufwand zählen ferner freiwillige Sozialleistungen, das sind Aufwendungen der Gemeinden für ihre Bediensteten, die nicht auf einer gesetzlichen oder vertraglichen Verpflichtung beruhen. Freiwillige Sozialleistungen sind hingegen in Gruppe 950 – freiwillige Sozialleistungen darzustellen. Diese Amtspauschalen werden an gewählte Organe beziehungsweise an Dienststellenleiterinnen und Dienststellenleiter zur Bestreitung diverser freiwilliger Aufwendungen wie Ehrenkarten, Spenden und Trinkgelder geleistet.

Die Haushaltsordnung der Landeshauptstadt Graz stellt auch unter § 25 Verfügungsmittel Folgendes dar: Im Budget können die Stadtsenatsmitglieder und die Leitungsfunktion des Magistrats Budgetmittel zur freien Verfügung zugewiesen werden. Diese sind ausschließlich für durch die jeweilige Funktion veranlassten Ausgaben zu verwenden. Darunter sind die Verfügungsmittel, die der Bürgermeisterin unterstehen, belaufen sich auf € 50.000,00, der Vizebürgermeister € 34.000,00, dem Stadtsenatsreferenten je € 20.000,00, den Klubs € 6.200,00, dem Magistratsdirektor € 5.200,00, dem Abteilungsleiter Präsidialamt € 2.000,00, Finanzdirektor € 1.000,00 und Baudirektor € 2.600,00. Der Rest der Finanzstellen betrifft Bezirksbudgets, die kontenmäßig direkt über das Präsidialamt abgerechnet werden können.

Im Vergleich mit anderen Statuarstätten ähnlicher Größe kann festgestellt werden, dass die Verfügungsmittel der Politik in Graz verhältnismäßig hoch dotiert sind. Die Verbuchung dieser Verfügungsmittel endeten im SAP der Stadt Graz mit der quartalsweisen Auszahlung der Finanzmittel. Eine kontenmäßig genaue Aufteilung erfolgt nicht. Die ausbezahlten Mittel müssen dann in einer gesonderten Einnahmen- und Ausgabenrechnung im Detail weitergeführt werden. In Prüfung der Verfügungsmittel, also zum Status quo, kann somit festgehalten werden, dass Regelungen existieren, die der Vorgabe des Stadtrechnungshofes entsprechend einen Mindestrahmen für Verfügungsmittel festlegen. Die Kontrolle der Verfügungsmittel wurde 1993 über zumindest 10 Jahre durch den Stadtrechnungshof jährlich durchgeführt. Im Jahr 2004 wurden diese regelmäßigen Prüfungen eingestellt. Der Verwaltung liegen zu dieser Entscheidung keine weiterführenden Informationen vor. In den Folgejahren kam es zu fallweisen Kontrollen durch den Stadtrechnungshof, so etwa im Jahre 2018, in dem unter anderem auch der Einsatz von Verfügungsmitteln in der Verwaltung geprüft wurde.

Im Kontrollbericht 10 2018 - Repräsentationsausgaben Magistrat, wurde festgehalten, dass die geprüften Verfügungsmittel im Zusammenhang mit unmittelbaren städtischen Aufgabenstellungen standen. Der Stadtrechnungshof fand in den Aufstellungen der einzelnen Abteilungen Rechnungen für unterschiedliche Feiern, Geschenke, Essen und andere Lebensmittel. Da es sich hier um betriebsinterne Veranstaltungen handelt, war der Zusammenhang zur Aufgabenstellung gegeben. Ebenfalls sah der Stadtrechnungshof diverse Essen als im Zusammenhang stehend an. Die Abteilung bezahlte keine lohn- und einkommenspflichtigen Zuwendungen oder Inventargegenstände durch Verfügungsmittel. Die Aufstellung der Einnahmen und Ausgaben war ordnungsmäßig. Der Stadtrechnungshof empfahl in diesem Zusammenhang die Einhaltung des Grundsatzes der Jährlichkeit sowie die Ablage der Aufstellung der Einnahmen und Ausgaben jährlich im OTS. Bezüglich der Zweckwidmung der Verfügungsmittel gab es keine Veränderungsempfehlungen. Im Jahr 2023 wurden die Verfügungsmittel abermals vom Stadtrechnungshof im Kontrollbericht 12 2023 - buchhalterische Schlüsselkontrollen im ersten Quartal

thematisiert. Hier wurden folgende Veränderungsempfehlungen festgehalten: Um die Einheitlichkeit, Nachvollziehbarkeit und Transparenz der Verfügungsmittel zu gewährleisten oder zu stärken, könnte man auf Basis der vorhandenen Rechtsgrundlage der Stadt Graz in Anlehnung an die Rechtsgrundlagen des Landes Steiermark einen Leitfaden oder eine Richtlinie für die Verwendung der Verfügungsmittel der Stadtsenatsmitglieder und der Gemeinderatsklubs erstellt werden. Zur Sicherstellung der Einhaltung der Vorgaben für die Verwendung der Verfügungsmittel, der der Stadtsenatsmitglieder und Gemeinderatsklubs empfiehlt der Stadtrechnungshof die Einführung von internen Kontrollen.

Nun zu den künftigen Vorgehensweisen: Hinsichtlich des geforderten Leitfadens oder der Richtlinie für die Verwendung der Verfügungsmittel des Stadtsenatsmitglieder und der Gemeinderatsklubs kann festgehalten werden, dass die Richtlinie zu den Verfügungsmitteln des Bürgermeisters der Abteilung 7 des Amtes Steiermärkische Landesregierung für die Stadt Graz nicht sinnvoll anwendbar erscheint. Demnach werden Repräsentationsausgaben ebenso wenig zulässig, wie Transferzahlungen, Spenden und Beihilfen. Überdies werden Zahlungen aus Verfügungsmitteln nur zulässig, wenn diese außerplanmäßig sind. Also im Voranschlag generell nicht vorgesehen sind. Bei Anwendung dieser Regelung verbleibe somit kein Spielraum für die bisher üblichen Verwendungszwecke der Verfügungsmittel. Da Bürgermeisterin Elke Kahr der Magistratsdirektion den Auftrag erteilt hat, eine neue Regelung für die Verwendung neuer Verfügungsmittel auszuarbeiten, wurden andere einschlägige Vorgaben gesucht. Die aus Zeitgründen jetzt nicht abschließende Suche nach vergleichbaren Vorgaben in anderen Bundesländern war allerdings nicht sehr ergiebig. Lediglich Salzburg trifft weitere Einschränkungen, unter anderem dahingehend, dass Ausgaben, die für andere Sachkonten eingerichtet sind, grundsätzlich aus diesen zu bestreiten sind. Zuwendungen an politische Parteien unstatthaft sind, persönliche Mitgliedsbeiträge nur zulässig sind, wenn die Mitgliedschaft erst nach Übernahme des Amtes erfolgt und bei Arbeitsessen Thema oder Personen bekannt zu geben sind. Die Salzburger Vorgaben erscheinen sehr praktikabel und sollen in einer neuen Richtlinie für Graz berücksichtigt werden. Vorgeschlagen wird daher die Beschließung der in der

Beilage befindlichen neuen Richtlinie für Verfügungsmittelorgane der Stadt. Dazu komme ich dann später beim Antragstext.

Hinsichtlich der geforderten internen Kontrollen kann festgehalten werden, dass der Magistratsdirektor die Innenrevision bereits dieses Jahr aufgrund des Stadtrechnungshofberichts angewiesen hat, künftig auf Verfügungsmittel per Stichproben zu prüfen. Bisher hat noch keine Prüfung stattgefunden, da die Mitarbeiter durch aktuelle dringliche Prüfungen ausgelastet waren. Für den Prüfplan 2025 sind Prüfungen grundsätzlich vorgesehen. Die Magistratsdirektion nimmt diesen Bericht jedoch zum Anlass, ihre Bedenken gegen die vorgeschlagene interne Prüfung zu äußern. Die Innenrevision ist gemäß § 56 Abs 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz eine Errichtung, die der Bürgermeisterin zugeordnet ist. Sie ist, wie die Stadtverwaltung generell, dieser weisungsgebunden. Die Kontrolle der Politik durch eine direkt der Politik unterstellte, weisungsgebundene Einrichtung ist hinsichtlich der Richtigkeit der Kontrolle Missbrauchs-anfällig, da Kontrollergebnisse durch Weisungen beeinflusst werden können. Überdies kann nicht ausgeschlossen werden, dass Erkenntnisse aus Kontrollen gefiltert oder bewusst gesteuert werden. Diese Befürchtungen sind selbstverständlich nur abstrakter Natur, müssen im Sinne einer effektiven Kontrolle, aber im Besonderen im unmittelbar politischen Bereich bedacht werden. Es ist kein Zufall, dass der Stadtrechnungshof über viele Jahre die Verfügungsmittel geprüft hat und die Richtlinie für Verfügungsmittel vom Bürgermeister direkt und nicht vom Magistratsdirektor erlassen wurden. Zielführend wäre es, weiterhin eine Kontrolle durch den unabhängigen Stadtrechnungshof vorzusehen, zumindest in Form von Stichprobenkontrollen. Um die Wirksamkeit der Kontrollen sicherzustellen, könnte die quartalsweise Auszahlung der Verfügungsmittel davon abhängig gemacht werden, dass die erforderlichen Unterlagen dem Stadtrechnungshof für das vorvergangene Quartal bereits ordnungsgemäß übergeben und von diesem in Ordnung befunden wurden. Eine entsprechende Beauftragung des Stadtrechnungshofes könnte jeweils mit dem Budget mitbeschlossen werden. Hinsichtlich der Verfügungsmittel der Verwaltung wurde vom Magistratsdirektor, Finanzdirektor, Baudirektor und Abteilungsleiter der Präsidialabteilung die Anregung

vorgebracht, künftig über diese keine gesonderten Verfügungsmittel mehr vorzusehen, sondern wie auch bei anderen Abteilungen Ausgaben für Repräsentation und so weiter auf den dafür vorgesehenen Konten zu reservieren, beziehungsweise abzurechnen.

Wir haben dieses Stück gemeinsam auch im Verfassungsausschuss gemeinschaftlich beraten und sind zu dem Punkt gekommen, dass wir ihn abgeändert haben wollen.

Daher formuliere ich jetzt den neuen Text:

Der Gemeinderat möge beschließen, nach § 45 Abs 6 Statut der Landeshauptstadt die Finanzdirektion beauftragen, Beschlüsse zum kommenden Voranschlag im Sinne des obigen Motivenberichtes auszuarbeiten. Des weiteren wurde vereinbart, unter den Klubobleuten, dass man weiterhin zusammen gemeinschaftlich berät zur Richtlinie der Klubfördermittel.

Ich bitte um Annahme.

Originaltext des Antrages:

Der Ausschuss für Verfassung, Organisation, Katastrophenschutz und Feuerwehr und internationale Beziehungen stellt daher nach § 66 Abs 1 Statut der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl. Nr. 130/1967 in der Fassung LGBl Nr. 77/2024 den

Antrag

der Gemeinderat möge nach § 45 Abs. 6 Statut der Landeshauptstadt Graz 1967

- 1. die beiliegende, einen integrierenden Bestandteil dieses Berichts bildende „Richtlinie für Verfügungsmittel der Organe der Stadt Graz“ beschließen und*
- 2. die Finanzdirektion beauftragen, Beschlüsse zum kommenden Voranschlag im Sinne des obigen Motivenberichts auszuarbeiten.*

Bürgermeisterin **Kahr**:

Vielen Dank. Es liegt mir ein Abänderungsantrag von Herrn Gemeinderat Pointner vor und ich darf ihn bitten, vorzutragen.

Gemeinderat **Pointner**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Stadtsenatsmitglieder, werte Kolleg:innen des Gemeinderates, geschätzte Zuseher:innen.

Kurz gesagt, nach diesen langen Ausführungen, wir NEOS fordern die Abschaffung der Verfügungsmittel, keine Ausarbeitung einer neuen Richtlinie für etwas, was es nicht braucht. Also fordern wir in unserem Abänderungsantrag die Streichung des § 25 der Haushaltsordnung der Landeshauptstadt Graz. Daraufhin geht der Antrag, denn im gerade vorgetragenen Erläuterungsbericht finde ich überhaupt kein schlagendes Argument, das mich oder einen einzigen Grazer Steuerzahler oder eine Steuerzahlerin davon überzeugt, dass es diese Verfügungsmittel neben Partei- und Klubförderung als zusätzliches Transcherlgeld für die Politik braucht. Selbst die Verwaltung sagt, das ist auch im Bericht, dass sie dieses Körberlgeld für sich nicht braucht. Deshalb gehören diese Verfügungsmittel abgeschafft, bevor wieder eine Richtlinie erarbeitet wird, die so durchlässig sein muss wie ein Nudelsieb. Sie muss alles erlauben, denn sonst wären sie keine Verfügungsmittel, die man so frei ausgeben kann. Weg damit. Die Parteien bekommen mehr als genug Geld über Parteien- und Klubförderung unserer Stadt. Statt am unkontrollierbaren Transcherlgeld festzuhalten, soll man sich ausschließlich um klare Regeln bei der Klubförderung kümmern und auch diese endlich halbieren, so wie wir das seit Jahren fordern.

Jetzt noch ein paar informative Zahlen: Die Verfügungsmittel machen € 215.000,00 jährlich aus. Das sind in einer Gemeinderatsperiode von fünf Jahren € 1,1 Millionen nur für die Politik und die freie Verfügung. Dieses Geld können wir an anderer Stelle, wie zum Beispiel bei der Bildung, deutlich besser einsetzen, besonders in Zeiten von klammen Kassen. Daher mein folgender

Abänderungsantrag

zum Stück gemäß § 21 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat:

Die zuständige Stelle wird beauftragt, die nötigen Organbeschlüsse zur Abschaffung der Verfügungsmittel, insbesondere die Aufhebung des § 25 der Haushaltsordnung der Landeshauptstadt Graz, vorzubereiten.

Ich bitte um breitest mögliche Annahme dieses Antrages. Danke schön.

Originaltext des Abänderungsantrages:

Daher stelle ich namens der NEOS-Gemeinderatsfraktion gemäß § 21 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat folgenden

Abänderungsantrag:

Die zuständige Stelle wird beauftragt, die nötigen Organbeschlüsse zur Abschaffung der Verfügungsmittel, insbesondere die Aufhebung des § 25 der Haushaltsordnung der Landeshauptstadt Graz (Verordnung des Gemeinderates vom 12.12.2019, in der Fassung vom 04.07.2024, betreffend die Haushaltsordnung der Landeshauptstadt Graz), vorzubereiten.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke vielmals. Ich darf ersuchen, um Wortmeldungen. Bitte Herr Klubobmann Pascuttini.

Klubobmann **Pascuttini**:

Hohe Stadtregierung, sehr geehrte Damen und Herren Gemeinderäte, sehr geehrte Medienvertreter aus nah und fern. Heute sogar aus Deutschland, ob man sich darüber freuen kann, weiß ich nicht. Also, dass Sie da sind schon, über den Anlass nicht. Sehr geehrter Herr Antragsteller Pointner, danke, dass du den Antrag eingebracht hast. Und sehr geehrter Herr Mario Eustacchio, du bist ja der Antragsgrund. Schön auch, dass du heute da bist, das freut mich wirklich. Ich sage es dir gleich vorweg: Du warst vorhin ein bisschen angespannt, hast ein bisschen versucht, die Muskeln spielen zu lassen. Ich bin heute auf deiner Seite, das sage ich hier ganz offen. Wir machen das jetzt gemeinsam, eine Rede. Ich habe vieles vorbereitet. Wir werden heute gemeinsam im Laufe meiner Rede dich entlasten und danach sind wir alle glücklich und zufrieden. Wir freuen uns gemeinsam, das aufarbeiten zu können.

Natürlich ist es ein bisschen ein trauriger Anlass, wenn man sich anschaut, was in den letzten Jahren so in den Medien war, was auch letzte Woche in den Medien war. Das macht niemanden fröhlich, aber darum geht es heute nicht. Es geht um Schamlosigkeit, es geht um Exzesse, es geht um ein Sittenbild.

Ich sage es auch gleich vorweg: Heute ist nicht der Schurgerichtshof, der zusammengetreten ist, und ich bin nicht der Ankläger der Öffentlichkeit. Vielleicht wäre ich es gerne in dieser Sache, aber nur in dieser, aber sonst nicht. Nein, heute sind Menschen da, die in eine Position gewählt worden sind, die auch ein moralisches Urteil fällen dürfen. Die dürfen sagen: „Das ist eines Politikers dieser Stadt nicht würdig“. Das dürfen wir alles sagen, das ist unser Recht, und bitte nicht immer die Unschuldsvermutung vorschieben. Die gilt im Strafrecht. Niemand wird sich hierherstellen und sagen: „Der Herr Eustacchio ist ein verurteilter Straftäter“, ist er nicht. Das werden die Gerichte entscheiden. Man kann aber sehr wohl auf die Dinge, die passiert sind, eingehen und sagen, so bitte nicht, Herr Eustacchio, das kann man sehr wohl sagen.

Starten wir mit etwas Grundlegenden, schauen wir uns einmal die Ebenen dieses Finanzskandals an. Das ist ja nicht der Herr Eustacchio alleine. Also ich nehme ihn schon wieder in Schutz. Das ist nicht er alleine, nicht die ganze Aufregung auf ihn. Der Finanzskandal hat so viele Ebenen. Eine der schwerwiegendsten, die schwerwiegendste Ebene ist eigentlich der Justizskandal, der damit einhergegangen ist mit diesem Finanzskandal und mit den anderen Skandalen. Weil was die Staatsanwaltschaft Klagenfurt über zwei Jahren lang fabriziert hat, bis es diesen Wechsel der Staatsanwältin gab, das ist eine große Frechheit. Das muss man ganz klar so sagen. Das ist dem Justizsystem Österreichs nicht würdig. Das ist den 99,99 % die bei den Staatsanwaltschaften arbeiten nicht würdig, was es da für ein Schauspiel gegeben hat. Sie können das alles selbst beurteilen. Sie erinnern sich zurück, der Herr Anwalt von Kunasek sagt: „Den KFG hätten wir nicht gerne im Verfahren, bitte schließt ihn aus als Privatbeteiligter“. Zack, waren wir draußen aus dem Verfahren. Also der Anwalt bringt einen Antrag und die Frau Staatsanwältin schließt aus. Wir haben vom Landesgericht Klagenfurt Recht bekommen, vom Oberlandesgericht Graz Recht

bekommen, dass wir in unseren Rechten verletzt wurden. Es war eine eklatante Rechtsverletzung. Ich habe jetzt die Republik geklagt, dass diese Kosten ersetzt werden.

So, dann geht es weiter. Wir haben dann eine Dienstaufsichtsbeschwerde eingebracht am 08.08.2024, zu meinem Geburtstag, und einige Wochen später plötzlich sagt die Frau Staatsanwältin: „Eigentlich wäre ich gerne in Wien und würde dort gerne ein Jahr befristet als Referentin arbeiten“. Schön für sie, mich freut es, dass der berufliche Aufstieg gelungen ist und wir haben jetzt endlich Staatsanwälte, die seit einem Monat richtig, richtig Gas geben. Jetzt muss man sich natürlich auch einmal vorstellen, was in den Jahren davor passiert ist, in diesen zwei Jahren, wo man halt, naja, das Ermittlungsverfahren ist offen, es gibt eine Aktenzahl. Da hauen wir einmal ein paar Zettel rein, aber so richtig bemühen tun wir uns nicht. Warum auch immer.

Da hat man dann lustige Anordnungen herausgegeben. Die habe ich im U-Ausschuss schon thematisiert, die habe ich auch medial schon thematisiert. Da hat man einfach einmal abgelehnt, ein Tonband sicherzustellen, nämlich das mit Matthias Eder, wo er einiges sagt. Was soll das für ein Beweismittel sein? Unter Bezugnahme auf den Anlassbericht vom 26.04. wird ersucht, den privatbeteiligten Vertreter Dr. Matthias Cernusca zur Vorlage eines vollständigen Transkripts der Tonaufnahme und der Kennzeichnung der von ihm als relevant erachteten Passagen, die sollen halt vorgelegt werden. Also wissen Sie, wie lange wir dagesessen haben, was das für Anwaltskosten gewesen wären. Dann legen wir etwas vor, was vielleicht nicht ganz richtig ist, weil wer kann bitte 4 1/2 Stunden fehlerfrei transkribieren? Dann kommt wieder falsche Beweisaussage, alles Mögliche. Gut, wollte die Staatsanwältin nicht haben. Die Oberstaatsanwaltschaft hat dann sofort angeordnet, bitte die Originale sicherstellen. Gut, danke, liebe Oberstaatsanwaltschaft.

So, dann gibt es noch etwas anderes. Dann hat man einen Zeugen gehabt, der bedauerlicherweise im April verstorben ist. Der war Büroleiter vom Herrn Eustacchio. Das ist für mich ein Zeuge. Jemand, der Büroleiter ist, ist ein Zeuge, tut mir leid, zumindest ein Zeuge. „Eine Sicherstellung von digitalen Geräten und analogen Unterlagen von Herrn so und so wird nicht zugeordnet, zumal der Genannte in keinem

Zusammenhang mit den gegenständlichen Vorwürfen steht und in dem Verfahren weder Zeuge noch sonstige Verfahrenspartei ist. Die Anregung zudem nicht erkennen lässt, welche entscheidenden Tatsachen oder erheblichen Umstände konkret zu erwarten sind“, sagt die Staatsanwaltschaft Klagenfurt, sagt die Oberstaatsanwaltschaft Graz. Was ist denn da los bitte? Hausdurchsuchung, bitte sicherstellen. Siehe da, man hat einiges sichergestellt, was dann im weiteren Verlauf für das Verfahren noch sehr spannend sein wird.

Aber gut, wir haben halt ab und zu Recht gehabt, haben halt gewusst, was wir tun. Ich sage es ganz offen, es wird auch die Aufgabe einer neuen Regierung sein, die sich hoffentlich irgendwann zusammenfindet, dass man mal endlich die Justiz ordentlich finanziert, ausstattet, mehr Personal, mehr Geld, auch qualifizierte Leute in die Justiz bringt oder in gewisse Staatsanwaltschaften bringt. Da sind viele sehr, sehr gut, also das möchte ich wirklich betonen, damit solche Dinge einfach nicht passieren, weil das ist schon fast ein systemisches Versagen, wenn man sich dieses Verfahren ansieht. Ebene eins, Justiz, wir wollen Zeit sparen, bitte nicht klatschen. Die Nebenschauplätze, wir haben so viele Nebenschauplätze, die sich nebenbei aufgetan haben, da darf man nicht vergessen, da haben wir dann schon eine Diversion gehabt wegen schweren Betruges. Das ist schon abgeführt, das Verfahren gegen einen Ex-FPÖ-Mitarbeiter. Den hat man halt einfach in bar bezahlt. Ja, anstellen wollte man ihn nicht, dann hat man ihm halt ein Geld gegeben. Ja, passt, ok, der Arme muss dann die Diversion in schweren Betrug fressen, die anderen kommen davon, gut, ist halt so.

Dann gibt es im Zuge dieser Affäre, fliegt auf, jemand, der vor Jahren Drogen gehandelt hat. Der hat sich dann entschlossen, naja, die erste Strafe war nicht sonderlich wild, Drogenhandel, das stecke ich weg, ich fange jetzt an, Drogen zu produzieren. Zum Glück auch dingfest gemacht durch die Justiz, mittlerweile für eine sehr lange Zeit im Gefängnis verschwunden.

Dann gibt es eine Kryptofinanzaffäre, auch ein Gemeinderat dieses Hauses der letzten Periode. Der hat gemeinsam eine Firma betrieben mit anderen Personen, eben mit diesem, der dort Drogen gekocht hat. Können Sie auch alles im Internet nachlesen. € 3.800.000,00 irgendwo in St. Vincent and the Grenadines versenkt oder mutmaßlich

versenkt, weil ich darf einen geschädigten Vertreter, oder mein Chef vertritt einen dieser Geschädigten. Der hat auch gesagt: „Sorry, ich kann darüber nicht sprechen, dass das einfach ein Wahnsinn ist, da ist viel Geld verloren gegangen“. Also wir reden von der letzten Periode von den Gemeinderäten dort.

Dann gibt es den Herrn Gemeinderat Lohr, der ist nicht mehr da. Da hat man halt einen Zusatzfund gehabt, Kinderpornografie, widerlich, zum Glück nicht mehr in diesem Haus vertreten, nie wieder in diesem Haus vertreten. Dann muss man sich anschauen, was man noch so alles findet. Jetzt sage ich Ihnen, das sage ich auch aus rechtlicher Sicht: Wenn jemand ein Andenken zuhause hat, aus einer Zeit, die nicht sonderlich rühmlich war, weil er sagt, das war das Foto vom Großvater oder was auch immer. Dann muss man darüber streiten, kann man darüber diskutieren, das ist nicht strafbar. Wenn jemand einen ganzen Schrein hat, ganze Devotionalien daheim hortet, dann ein hoher Militär ist und ein hoher Beamter der städtischen Verwaltung, dann macht mir das ein bisschen Sorgen. Dann sollte da vielleicht auch das Heeresabwehramt einmal in diese Richtung die Fühler ausstrecken, was da noch alles möglich gewesen sein könnte. Dann kommen wir zu einem weiteren Nebenschauplatz, und das ist ganz wichtig, dass Sie das verstehen: Diese ominöse Selbstanzeige vom Herrn Matthias Eder. Das hat ja nichts mit dem Herrn Eustacchio und mit dem Herrn Sippel zu tun. Das ist ganz wichtig, das verstehen viele oft nicht. Der Herr Eustacchio und der Herr Sippel sind vom Herrn Eder strikt zu trennen. Der Herr Eder sagt selbst: „Ein eigener Sachverhalt“. Am 31.10. treten die zwei zurück wegen der Berichterstattung in der Kleinen Zeitung und der Herr Eder sagt acht Tage später: „Moment, ich habe auch etwas aufgeführt, ich zeige mich schnell selbst an“. Also bitte das aber voneinander zu trennen. Ich habe von Anfang an gesagt, das ist ein völliger Fake, diese Selbstanzeige ist eine Shitshow, die man dort den eigenen Parteimitgliedern präsentiert hat und halt auch Ihnen, der Öffentlichkeit, präsentiert hat, weil diese Einzeltäter-Theorie ist nicht haltbar. Aber ich muss auch dazusagen, am Anfang habe ich das gedacht, dann habe ich mich der Herr Eustacchio überzeugt, dass es vielleicht doch anders gewesen sein könnte. Hören Sie einmal rein, da schreibt die Kleine Zeitung: „Wie ist das möglich, dass eine Einzelperson derart hohe Beträge abzweigt?“ Das bleibt vorerst offen. Ist heute noch offen. „Gibt es kein

Vier-Augen-Prinzip, keine interne Kontrolle. Jeder habe als eine Art Mastermind, als Super-Intellektueller agiert, erzählt man in der Partei. Er habe von seinem untadeligen Ruf profitiert. Gingen die hohen Summen niemandem ab?“, spannend. Dann sagt der Herr Eustacchio darauf: „Das merkst du nicht, wenn jemand so etwas macht, das merkst du einfach nicht“. Das ist natürlich eine Frage, die sich aufwirft, eigentlich zwei. Die eine Frage stelle ich nicht. Ich müsste nämlich jetzt fragen, Herr Eustacchio, wenn das die Wahrheit ist, wie blöd sind Sie eigentlich? Diese Frage stelle ich nicht, ich sage nämlich explizit nicht, dass Sie blöd sind. Deswegen stelle ich eine andere Frage. Ich stelle eine andere Frage: Für wie blöd verkaufen Sie uns, für wie blöd verkaufen Sie die anderen Menschen in dieser Stadt, wenn Sie sagen, das fällt Ihnen nicht auf. Der Gemeinderatsklub und die Stadtpartei, das war ein nicht sonderlich großes KMU. Sieben bis acht Leute. Sie sind ja der Finanzexperte, der Bankingexperte, ein Manager-Typ, wie Sie sich selbst sehen. Dann fällt Ihnen nicht auf, dass Ihr bester Freund über Jahre hinweg die Kohle rauszupft? Völliger Wahnsinn. Gut, glauben wir es Ihnen. Ich muss auch dazusagen, also die Redezeit beträgt 10 Minuten. Ich habe vorhin nachgeschaut. Bei außerordentlichen Gemeinderatssitzungen doppelt so viel Zeit.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Das weiß ich, deswegen habe ich aufmerksam gemacht, dass sie noch eine Minute haben.

Klubobmann **Pascuttini**:

Nein, dann fangt es noch einmal von vorne an, wir haben mit fünf Minuten begonnen.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Nein, das ist schon alles inkludiert. Sie können sich ja noch einmal melden.

Klubobmann **Pascuttini**:

Wir haben zwei Tagesordnungspunkte zusammengezogen, ich komme dann auch nicht mehr, dann mache ich noch einmal die 10 Minuten voll.

Es ist natürlich jetzt die Frage, wenn Sie das wirklich.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Ich muss Sie jetzt unterbrechen. Das geht nicht. Sie können sich aber gerne noch einmal zu Wort melden, das geht.

Klubobmann **Pascuttini**:

Ich kann es ja gleich anhängen.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Nein, das geht vor allem von der Geschäftsordnung her nicht.

Klubobmann **Pascuttini**:

Gut, dann kann sich jeder sein eigenes Bild machen, wenn die kommunistische Bürgermeisterin die Aufarbeitung des Finanzskandals unterbinden will, das sagt auch vieles aus.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Nein, das lasse ich Ihnen nicht durchgehen.

Klubobmann **Pascuttini**:

Dann machen wir eine Minute, dann melde ich mich sofort wieder zu Wort.

Jetzt ist natürlich die Frage die, müssen wir halt ein bisschen kürzen. Die Frau Bürgermeisterin möchte nicht alle Details hören, aber ich sage Ihnen doch ein paar Dinge. Zum Tonband Matthias Eder, das war ja dann auch letztens in der Zeitung, wo man sich natürlich die Frage stellen muss, was hat der Herr Eder gesagt. Und auch da wieder die Justiz, Herr Eder sagt: „Irgendwann in meinem Leben dann passiert dir ganz etwas Schlimmes“. Ist eine Drohung, wird nicht ermittelt, ist auch wurscht, braucht man nicht zu ermitteln. Er redet dann später davon, dass er etwas zurückzahlen wird. Leider kein Geld, sondern halt er wird mir etwas heimzahlen. Gut, er sagt dann unmissverständlich: „Natürlich war ich das nicht alleine. Wie soll ich das alleine gewesen sein? Wie soll ich alleine € 700.000,00 gefladert haben? Wer glaubt das?“. Deswegen versucht man halt, dieses Tonband in Misskredit zu bringen, weil man halt nicht will, dass das die volle Beweiswürdigung bekommt. Er sagt auch: „Ich habe in meinem Leben noch niemals meinen Chef verraten, aber ich halte noch fest, ich bin bei der Arschpartie nicht ganz unschuldig“. Also er hat ja eine Selbsteinsicht gehabt und diesem Tag, die will ich ihm nicht absprechen.

Kommen wir kurz noch zum Spesen-Skandal, bevor wir in die Pause gehen, vom Herrn Eustacchio. Zum Spesen-Skandal, das darf man wohl sagen, da er vorhin schon mit Anwälten und so gedroht hat. Es gibt einen spannenden Artikel „Wie viel politischen Anstand hat Ex-FPÖ-Vizebürgermeister Mario Eustacchio“ vom Klipp-Magazin. Gefällt mir sehr gut. Zum Glück habe ich diesen Artikel nicht schreiben müssen, meiner wäre kürzer gewesen: Keinen. Das wäre ein Wort gewesen, aber die haben einen ganzen Artikel zusammengebracht. Die Kronen Zeitung hat etwas Tolles geschrieben. Ich muss ja auch sagen, der Redaktor, der das geschrieben hat mit einem Kommentar, der hat einfach einmal das gesagt, was so viele Menschen sich denken, ungeachtet, ob es ein Strafurteil schon gibt, ob es keines gibt, ob es jemals eines gibt. Wer meint, auf Kosten der Allgemeinheit in Saus und Braus leben zu dürfen, hat jeglichen moralischen Kompass verloren, Herr Eustacchio, das ist einfach das Urteil, das Sie sich gefallen lassen müssen, von den Menschen, von den Meinungsträgern in diesem Land, weil das

einfach schon die Fakten sind, die da sind, ungeachtet dessen, ob das jemals strafbar sein wird oder nicht, das muss man einmal ganz klar so sagen.

Und jetzt sage ich noch einen kurzen Abschluss, wenn die Frau Bürgermeisterin mir noch 30 bis 40 Sekunden gibt. Das ist nämlich wichtig. Das ist nämlich auch einmal die Frage, was sagt eigentlich die FPÖ zu diesem ganzen Skandal? Hat es in der FPÖ Regelungen gegeben, die sagen: „So etwas wollen wir nicht“? Und jetzt bin ich der Anwalt der FPÖ und sage, ja, die FPÖ ist eine transparente, saubere Partei. 2005 haben wir die Bundesgeschäftsordnung eingeführt, die super sauber ist, wirklich super sauber. Der Herr Eustacchio, der kennt die Bundesgeschäftsordnung nicht. Kennen Sie sie? Sie kennen sie nicht, waren aber Bundesrechnungsprüfer eines Heinz-Christian Strache. Das ist der Mann, der auch eine Spesenaffäre in Wien hat. Da waren Sie Rechnungsprüfer und haben nichts bemerkt. Sie sind Landespartei-Finanzreferent gewesen und Stadtparteiobmann. Sie kennen die Bundesgeschäftsordnung der FPÖ nicht? Also das ist etwas zweifelhaft. So, in der Bundesgeschäftsordnung, Sie können es nachlesen bei mir, Punkt 11, Punkt 32, 38, was man nicht alles haben muss: Beschlüsse, ein Buch, Eingangs- und Ausgangsbelege, irgendwer muss etwas abzeichnen. Das haben Sie alles nicht gemacht in Graz. Sie haben € 50.000,00 aus der Partei für sich selbst sozusagen, für sich selbst, für Ihr eigenes politisches Wirken - was ich formuliere, ist wieder positiv für Sie - genommen ohne einen Beschluss. Ich glaube nicht, dass das der Bundesgeschäftsordnung entspricht, und das darf man Ihnen hier auch in aller Deutlichkeit sagen.

Wenn man sich dann weiter noch anschaut, was ihrem Klubobmann passiert ist. Der hat einen Job bekommen. Der ist in einem Verein angestellt worden, wo das Klubgeld hineingegangen ist ohne Beschluss. Wieder nicht die Frage nach der Strafbarkeit. Ist das redlich, den Klubgemeinderäten, Ihren Mitstreitern das vorzuenthalten? Das einfach so zu machen, ist das redlich? Ich finde es nicht redlich. Ich finde, das gehört sich einfach nicht. Und da sind wir überall vielleicht gar nicht im Strafrecht, aber wir sind immer bei dieser moralischen Komponente, wo man ganz klar sagen muss, das ist verwerflich. Sie haben sich hier, ob legal oder nicht - klären andere - am Geld der Partei, des Klubs und damit der Steuerzahler bereichert. Das ist einfach ein Faktum. Ich

mache es noch ein bisschen kürzer, damit die Frau Bürgermeisterin nicht ganz eine Panik bekommt. Nein, wissen Sie etwas, ich beende das hier und ich melde mich noch einmal zu Wort, dann später. Herzlichen Dank. Später kommt die Overtime dann. Danke schön.

Bürgermeisterin Kahr:

Das ist völlig in Ordnung, dass Sie mit aller Leidenschaft hier Dinge vortragen, aber man kann sich die Regeln auch im Haus nicht zurechtbiegen. Ja, es sind jetzt 14 Minuten gewesen. Ja, ich habe das eh ermöglicht und Sie wissen selber, dass ich hier sehr großzügig bin, allen gegenüber. Und noch einmal, Sie haben ja die Möglichkeit, gerne noch einmal sich zu Wort zu melden. Frau Klubobfrau Mohsenzada ist als Nächste. Und ich darf bitten, wenn es weitere Wortmeldungen gibt, dann mit einem Zeichen mit der Hand. Wer jetzt? Der Frau Stadträtin lassen Sie den Vortritt. Bitte.

Klubobfrau Mohsenzada:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseherinnen, das wird jetzt keine Abrechnung mit meiner ehemaligen Partei, sondern ich würde gerne zurückkehren zur Sache. Die KPÖ steht seit Beginn für Transparenz, also nicht nur bei der Verwendung der Klubmittel, sondern auch bei den eigenen Gehältern, von denen wir zwei Drittel an Menschen in Notlagen weitergeben. Jede Zeit kann die Verwendung der Fördermittel bei uns geprüft werden. Für uns ist es eine Selbstverständlichkeit, unsere Bücher im Sinne der Transparenz offenzulegen. Jede Grazerin und jeder Grazer kann gerne in unsere Bücher Einsicht nehmen und sich selbst vergewissern.

Vielleicht nur kurz zur Geschichte: 2013 wurde die Förderung für die Parteien und Gemeinderatsklubs im Grazer Rathaus um 50 % von damals jährlich rund € 1.500.000,00 auf € 2.400.000,00 erhöht, gegen die Stimmen der KPÖ, der Grünen und der Piratenpartei. Weil das Land die Parteienförderung kurz darauf mit € 5,45 pro Wahlberechtigten gedeckelt hat, die Parteienförderung in Graz aber doppelt so hoch

war, bediente man sich im Rathaus eines Tricks und wandelte einen Teil der Parteiförderung einfach in Klubförderungen um. Seither gibt die KPÖ diese zusätzlichen Gelder an die Bevölkerung zurück und legt einmal im Jahr ihre Bücher offen. Wir unterstützen damit Menschen, die in Not geraten sind, Schulen, Vereine, Initiativen, die beispielsweise im Gesundheits-, Sozial- und Kulturbereich tätig sind. Seit 2014 wurden vom KPÖ-Gemeinderatsklub aus den Mitteln der Klubförderung € 1.162.272,67 an in Not geratene Menschen ausbezahlt. Exemplarisch können wir die Zahlen vom Vorjahr angeben: Mit rund € 15.000,00 schlug die Aktion „Wildblumen für alle“ zu Buche. Im Zuge derer wurden 2.500 Blumenkisten an Grazerinnen und Grazer verschenkt. Auch die Aktion „Bädertickets für Kinder und Jugendliche“ fand 2023 statt, bei der 1.000 Jugendliche zwischen 6 und 18 Jahren gratis Gutscheine für die Grazer Bäder erhalten haben. Kostenpunkt rund € 16.000,00. Für die jährliche „Weihnachtssakerlaktion“ nahm der Klub € 13.000,00 in die Hand und insgesamt gingen die € 117.000,00, wieder direkt an die Bevölkerung. Das entspricht 38 % der Klubförderung. Für die politische Arbeit im engeren Sinne wurden insgesamt € 190.000,00 ausgegeben, die unter anderem für Öffentlichkeitsarbeit und die Erstellung eines neuen Sozialratgebers, der diese Woche erschienen ist und ein sehr beliebtes Nachschlagewerk geworden ist. Des Weiteren wurden die Gelder dazu verwendet, um die Durchführung von öffentlichen Veranstaltungen, Klausuren, Fortbildungsangebote für Gemeinden und Bezirksrätinnen oder auch Arbeitsmaterialien zu sichern. Auf unseren Vorschlag hin wurde in den Jahren 2022, 2023 und 2024 die Klubförderung um jeweils 10 % verringert. In Zeiten immer enger werdender Budgets muss die Politik mit gutem Beispiel vorangehen.

All dies erwähne ich, um Ihnen zu zeigen, dass seit wir als KPÖ im Gemeinderat vertreten sind, Transparenz leben. Im Gegensatz zur FPÖ, die ihren eigenen Leitspruch „unser Geld für unsere Leute“ ganz wörtlich genommen hat. Bis heute ist man noch immer auf der Suche nach € 1,7 Millionen Steuergeld, die die Staatsanwaltschaft Klagenfurt, die damit befasst ist, zu klären, was hier genau passiert ist und wieso es eigentlich gar keine Belege gibt. Zu klären ist auch die Rolle des parteinahen Wirtschaftsprüfers, der über Jahre die Bücher der Klubs für in Ordnung befunden hat.

Und geschehen ist alles unter den Augen des ehemaligen Vizebürgermeisters Eustacchio, der augenscheinlich seine Verfügungsmittel als Vergnügungsmittel verstanden hat: Luxusurlaube, Weinverkostungen und Faschingskostüme, die sage und schreibe € 450,00 gekostet haben sollen. Das demaskiert eine FPÖ, die beharrlich meint, sie sei die Partei des kleinen Mannes. Unser Politikverständnis ist gänzlich ein anderes. Zu uns kommen Menschen, die eine Stromnachzahlung von € 450,00 in existentielle Nöte bringen. Denen stehen wir zur Seite. Wie schon vorhin angesprochen, gab es eine dreifache Kürzung der Klubfördermittel und für eine weitere Kürzung gibt es leider keine Mehrheit. Darum werden wir auch weiter dort diese Mittel an die Bevölkerung zurückgeben, wo sie viel nötiger gebraucht werden. Vielen Dank.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke schön. Frau Stadträtin Schönbacher bitte.

Stadträtin **Schönbacher**:

Vielen herzlichen Dank, dass endlich dieses Thema heute einmal thematisiert wird. Vielen herzlichen Dank auch, dass wir aufgefordert sind, unsere Emotionen und unsere Wortwahl etwas herunterzunehmen, weil sonst hätte ich nicht daran gedacht. Ich bekomme schon leichte Stressflecken, weil ich mich zurücknehmen muss, weil sich da anscheinend niemand zu Wort melden möchte zu diesem Thema. Es geht nämlich um Glaubwürdigkeit und es geht um Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit. Und wenn ich da jetzt die Gemeinderäte anschau, da gibt es Gemeinderäte, die nicken, es gibt Gemeinderäte, die lächeln und es gibt Gemeinderäte, die mögen das anscheinend gar nicht hören und drehen die Augen über. Und glaubt es mir, genau diese Emotionen haben die Bürger draußen auch, weil die wissen überhaupt gar nicht, wie sie auf so etwas reagieren sollen. Dass drei Jahre lang so ein Finanzskandal nicht aufgeklärt wird, ist eigentlich auch ein Wahnsinn, weil für mich hat da alles angefangen damit, dass

unser damaliger Chef und Stadtrat Mario Eustacchio uns gesagt hat, und die Astrid Schleicher, meine Kollegin, war dabei, da geht es eigentlich eh nur um ein paar Flaschen Wein und da habt ihr und andere auch mitgetrunken. Ja, um das geht es und um vieles andere auch, und ich werde da echt ganz emotional. Ich muss mich wahnsinnig zurückhalten, aber das ist echt ein Thema, weil ich habe mein ganzes Leben lang fleißig gearbeitet und Steuern gezahlt und so tun das viele andere auch. Und deswegen interessiert es uns auch, was mit den Steuern tatsächlich passiert. Ja, jeder Bürger, der mündig ist, Steuern zu zahlen, ist auch mündig genug, um die Wahrheit zu hören. Das ist er, auch wenn du das nicht glaubst, Mario, und das auch immer wieder gesagt hast. Das müssen sie nicht wissen. Ich glaube, man muss das sehr wohl wissen, weil man dann entscheiden kann, welche Meinung werde ich dazu haben. Werde ich auch aktiv, so wie ich das anno dazumal einmal gemacht habe, weil mir vieles nicht recht gewesen ist, was die Politik macht, und deshalb bin ich in die Politik gegangen. Ich wollte zeigen, dass es auch andere Wege und andere Meinungen gibt, und davon bin ich immer noch überzeugt, auch wenn das hier erinnern, manchmal ein bisschen wie ein Durcheinander und ein kunterbunter Haufen ist. Wir brauchen wirklich das Ziel, dass wir Maßnahmen setzen, die hier drinnen, auch greifen, dass man jetzt nicht nur irgendwelche Richtlinien ausarbeitet. Diese Richtlinien, die Ausarbeitung in die Länge zieht, weil irgendjemandem passt wieder irgendwas nicht. Gut, man kann nachschärfen, man kann aber auch einmal etwas beschließen. Dass das Land einfach hergeht und die Petitionen in eine Schublade gibt, weil es interessiert uns nicht, was ihr Gemeinderäte oder Stadträte, was hier beschlossen wird und welche Anliegen die Stadt Graz hat. Ich meine, als zweitgrößte Stadt Österreichs werden wir wohl auch etwas mitreden dürfen, und da werden wohl unsere Petitionen nicht einfach schubladiert werden müssen und hinausgeschoben werden, weil vor der Wahl wollen wir das jetzt nicht mehr entscheiden, weil vielleicht trifft es einen selber auch. Mir zeigt das Verhalten, dass sich keiner hier dazu äußern mag, dass wir drei Jahre lang hier echt alleine dastehen, dass wir belächelt werden von euch. Aber da draußen werden wir nicht belächelt von den Bürgern, weil da draußen sind nämlich die Bürger, die das auch interessiert, was dabei herauskommt. Manche glauben schon

nicht mehr an das System und das ist wirklich schlecht, weil wir haben unsere Demokratie und unsere mehr oder weniger funktionierenden Systeme, die wir erhalten müssen und die wir echt nicht mit Füßen treten dürfen.

Deswegen möchte ich euch wirklich auffordern, äußert euch dazu, arbeitet mit und tut echt etwas. Ich möchte das auch wirklich schon nicht mehr vom Kollegen hören: „Ja, die Frau Kollegin Schönbacher wird sich dort hinstellen und die große Aufdeckerin sein“. Nein, ich bin nicht die Aufdeckerin. Das, was ich finde, das gebe ich gerne der Polizei, der Kripo und wer auch immer dann dafür verantwortlich ist, weiter zu recherchieren und aufzuarbeiten. Ich glaube an unsere Systeme, weil ich einfach glaube, dass wir Regeln brauchen, die wir alle einhalten müssen. Nicht nur der kleine Bürger, der eine Strafe zahlt, weil er mit dem Auto zu schnell gefahren ist, sondern jeder andere auch. Wenn die Regeln da sind, dann gehören sie gefälligst exekutiert. Wenn ich heute höre, dass es zwar Regeln gibt, aber seit 2004 wird die regelmäßige Prüfung nicht mehr gemacht, weil das eingestellt worden ist. Da denke ich mir, hallo, was ist da los? Wie erkläre ich das hier draußen einem Bürger? Nein, das wird jetzt nicht mehr kontrolliert, weil das hat es einmal gegeben. Warum, frage ich mich, ist das aufgehört worden? Dann möchte man stichprobenartig überprüfen und zur Antwort bekommt man jetzt mittlerweile drei Jahre nach einem Finanzskandal, der ja immer noch da ist und nicht aufgeklärt ist, ein Wahnsinn schlechthin, zu hören, es ist nichts geprüft worden, es waren die Mitarbeiter nicht da oder sonstiges. Es interessiert keinen Menschen, finde ich, weil die Mitarbeiter für so etwas da sein müssen. Da geht es um die Wahrheit, es geht um Gerechtigkeit und es geht um Steuergeld. Das ist nicht mein eigenes Geld, sondern das ist das Geld der Allgemeinheit und da habe ich schließlich ordentlich damit umzugehen. Das ist verantwortungsbewusster Umgang mit Steuergeld. Bitte, es muss sich wirklich auch jeder, ich und jeder andere auch, bei der Nase nehmen und darüber nachdenken, wofür darf ich dieses Geld verwenden. Und wenn ich mir nicht sicher bin, ob das in Ordnung ist, dann mache ich es bitte nicht. Ich muss nicht immer Ja sagen, ich darf auch Nein sagen, muss ich wirklich sagen. Es geht auch nicht darum, dass ich jetzt irgendjemandem da anpatzen möchte. Im Gegenteil, das möchte ich gar nicht, weil ich liebe Harmonie. Ich möchte niemanden

anpatzen und ich möchte schon gar nicht ehemalige Kollegen und wirklich gute Freunde, die ich eigentlich auch gemocht habe, da anpatzen. Sondern es geht wirklich um die Wahrheit und es geht auch um das, dass so ermittelt wird, dass das endlich einmal zu Anklagen kommt, damit die, die beschuldigt sind, auch ihre Klarheit haben. Haben sie jetzt etwas gemacht oder sind sie entlastet? Weil ich kann ja nicht jahrelang jemanden belasten und irgendwann nach zehn Jahren vielleicht wird er dann doch freigesprochen. Ja und in diesen zehn Jahren ist er inzwischen ruiniert, kann kein Geschäft mehr machen oder sonstiges. Den will niemand als Mitarbeiter haben, weil eben dieses Damokles-Schwert über einem hängt. Das ist ja auch nicht fair, das muss man auch einmal dazu sagen. Deswegen, ich bin da wirklich verwundert, dass nach drei Jahren sich da kaum jemand dazu äußern möchte oder dass halt einfach ein Schriftstück verlesen wird, wo jeder Bürger, wenn er das nicht erklärt bekommt, inzwischen wahrscheinlich schon eingeschlafen ist. Also ich hoffe, liebe Zuhörer, ich hoffe, dass ihr noch da seid und dass ihr auch zuhört, und die Sitzung verfolgt, weil ganz uninteressant ist es nicht. Auf der Straße wird man ja auch immer gefragt, was ist jetzt passiert? Und ich muss sagen, wie der Gemeinderat Eustachio wieder in den Gemeinderat eingezogen ist, da haben mich viele von seinen Freunden angerufen, weil ich nämlich sein ehemaliges Diensthandy habe. Und dann habe ich doch wirklich irgendwann einmal angefragt, weil ich mir gedacht habe, jetzt muss ich Sie echt fragen, wollen Sie ihm jetzt dazu gratulieren oder davon abraten? Weil ich hätte gedacht, er will ihm davon abraten, dass er das tut, weil das macht ja kein schönes Bild und wir wollen ja Vorbilder sein, wir müssen Vorbilder sein und dann hat er zu mir gesagt: „Nein, ich will ihm eigentlich dazu gratulieren, weil wenn er jetzt das Mandat bekommt, dann wird er wahrscheinlich ja schon freigesprochen worden sein. Denn wenn es keine Anklage gibt, dann ist er frei von Schuld“. Und so einfach denkt der Bürger. Deswegen ist es einfach unsere Verpflichtung, dass wir da wirklich genauer hinschauen und dass wir aber auch zukünftig sparsamer umgehen mit unserem Geld. Und dass wir aber auch Kontrollen nicht nur zulassen, sondern diese auch einfordern, wenn sie nicht gemacht werden. Und deswegen gehen uns diese Anträge auch zu wenig weit, weil wir brauchen da etwas mehr.

Wir brauchen da eine fixe jährliche Prüfung, wir brauchen danach aber auch eine Offenlegung, weil die Leute wollen ja wissen, um was es geht. Und die wollen jetzt nicht alle ins Rathaus kommen müssen, wo es keinen Parkplatz mehr gibt und man im Stau steht, wenn man in die Innenstadt will. Sondern die wollen im Internet nachlesen, wie schaut das jetzt aus, womit sind die Dinge bezahlt worden. Und dann kann man, wenn es einen Aufschrei gibt, auch wieder neu darüber diskutieren. Aber wir müssen sparsam sein, wir müssen uns auch dann einer Prüfung stellen und im Sinne der Transparenz gehört das Ganze dann auch offengelegt. Dazu möchte ich auch noch sagen, die Stadtssenatssitzungen freitags in der Früh, die sind nicht öffentlich. Auch dort kann man das dann einmal durchdiskutieren, wofür dann tatsächlich Geld ausgegeben wird. Denn vielleicht kann man sich auch einander dann ein bisschen bei der Nase nehmen und auch einmal sagen: „Meinst du, ist dieses oder jenes wirklich verpflichtend?“.

Und was auch wichtig ist, sind diese ganzen Mitgliedschaften und alles, was man so ausgibt. Das müsste ja eigentlich auch mit einer Ressortzuständigkeit verbunden sein, weil diese Verknüpfung findet man ja immer, weil sonst kann ich ja was auch immer alles mit dem Geld machen, das ist ja auch nicht richtig. Also im Sinne einer ordentlichen Abwicklung und im Sinne einer Transparenz gehören all diese Dinge noch mitbedacht. Und so eine einfache Einnahmen- und Ausgabenrechnung, das wird wohl nicht so schwierig sein. Jeder Unternehmer muss das machen, dass er seine Einnahmen und Ausgaben verrechnet, dass er seine Steuern zahlt, dass er 100 verschiedene andere Dinge noch einhält, Auflagen einhält und Abgaben zahlt. Dann wird man das ja von uns auch verlangen können, dass man eine einfache Einnahmen- und Ausgabenrechnung rechtzeitig abgibt, überprüft und dann einfach offenlegt und der Bevölkerung zeigt: Wir meinen es ehrlich, es ist etwas passiert. Ja, und es ist immer mein Zugang gewesen. Ja, es ist ein Finanzskandal passiert. Ja, ich werde aber auch zur Aufklärung beitragen, indem ich alles, was ich finde, auch ehrlich übergebe. Man muss dann zeigen, dass man ehrlich ist, dass man es besser meint und dass die Bürger uns auch wieder wählen können und dass sie uns auch glauben können, dass das, was wir ihnen da draußen sagen, auch tatsächlich stimmt. Denn wenn ich nämlich sage, wir

sind die Bürgerliste „Korruptionsfreies Graz“, dann sind wirklich viele Leute, die sagen: „Glauben Sie wirklich, dass Sie Österreich jemals korruptionsfrei bekommen?“. Da muss ich sagen: „Ja, weil sonst würde ich hier nicht stehen“. Irgendwo muss man einmal damit anfangen, und ich glaube nicht, dass die Bürger sich das aus der Nase herausziehen oder sonst woher. Das hat Gründe, warum sie da so denken, weil sie teilweise selber von Freunderlwirtschaft, von Machtmissbrauch betroffen gewesen sind oder das tatsächlich noch sind. Diese Dinge müssen wir einfach abschaffen. Da müssen wir einfach viel strenger werden und dem müssen wir uns einfach stellen. Es hilft einfach nichts, ob ich das jetzt mag oder ob ich das nicht mag, das ist egal. Wenn ich so ein Mandat annehme, dann habe ich das zu machen, und wenn ich das nicht machen möchte, dann bin ich da falsch. Es gibt ja mehrere, es gibt einen Klubobmann, es gibt Kollegen, es gibt Parteiohleute, die auch dann sagen können, wenn du nicht ordentlich damit umgehst, dann solltest du dir überlegen, ob das Mandat das Richtige für dich ist.

Zusätzlich muss ich auch noch sagen, weil es eben in der Vergangenheit bei der FPÖ so gewesen ist, dass einfach viele Funktionen auf eine Person gefallen sind. Wenn jetzt der Mario Eustacchio, der Rechnungsprüfer der FPÖ im Bund gewesen ist, und dann war er noch der Finanzreferent im Land und dann war er noch der Stadtrat und Stadtparteiobmann und sonst noch einiges, dann kann er sich einfach ein Geld selber überweisen. Das geht einfach nicht, da gibt es einfach keine Kontrolle, und das muss man einfach besser machen.

Im Sinne der Ehrlichkeit, wir stehen jetzt vor einer Wahl, wo es wirklich schon ziemliches Desinteresse gibt, und das kann ich den Bürgern manchmal wirklich nachempfinden. Aber wir sollten ihnen wirklich zeigen, es hat eine Auswirkung, wenn etwas passiert. Es hat auch eine Auswirkung, wenn die Leute zur Wahl gehen und wenn sie unzufrieden sind und einmal anders wählen. Dann bitte, dann muss einmal etwas anderes passieren. Also in diesem Sinne bitte ich euch und ich fordere euch auf, umso viele Wortmeldungen wie möglich, weil ich nehme an, als Gemeinderat wird man zu diesem Thema ja wohl eine Meinung haben.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Als Nächstes ist Herr Klubobmann Pascuttini und ich möchte nur vorab sagen...

Zwischenruf

Bürgermeisterin **Kahr**:

Das weiß ich, aber ich sagen auch vorab noch einmal, weil die Frau Stadträtin Schönbacher hier den Appell hat, dass man sich hier vorher meldet. Frau Stadträtin Schönbacher, ich bin seit 1993 hier, meine Partei ist seit jeher für Transparenz und gegen Privilegien aufgetreten. Dass es keine Politikerbezüge mehr gibt, das ist ein Verdienst meiner Bewegung. Und Gott sei Dank ist man dann einstimmig auch dazu gekommen. Da ist ein Vertreter Ihrer Partei, der sich einmal angehört hat, hat sich vehement dagegen gewehrt. Ich möchte nur auch sagen, wenn man aufarbeitet und redet, darf man seine eigene Geschichte nicht vergessen. Sie haben der Freiheitlichen Partei einmal angehört und ich hätte mir diesen Einsatz, den Sie jetzt gesagt haben, sehr oft gewünscht, dass Sie das schon vorher gesagt hätten. Weil ich habe Sie da als Gemeinderätin erlebt, da haben Sie geschwiegen, wenn andere Parteien oder auch meine Partei genau zu diesem Thema sich geäußert haben. Ich finde das manchmal sehr scheinheilig, was nicht schmälert in der Aufarbeitung dieser konkreten Sache. Aber bitte nicht die eigene Geschichte vergessen, weil nur weil Sie jetzt in den letzten drei Jahren draufgekommen sind, dass Transparenz, Offenheit und gegen Privilegienwirtschaft aufzutreten, das finde ich oft sehr verwunderlich und ich hasse nichts mehr als Scheinheiligkeit.

Bitte Herr Klubobmann.

Klubobmann **Pascuttini**:

Frau Bürgermeisterin, wenn wir darüber reden würden, wann Sie immer schweigen, wenn der Herr Kollege Luttenberger irgendwo einen Ausflug gemacht hat oder sonst

irgendwas Komisches passiert, dann müssten wir jetzt über Ihre Scheinheiligkeit reden. Sind wir froh, dass die Sache jetzt eine Andere ist.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Nein.

Klubobmann **Pascuttini**:

Ich würde bitten, dass Sie mich ausreden lassen. Wir sollen ja nicht den Fokus verlieren. Ich lade den Herrn Eustacchio wieder ein, dass er mitarbeitet. Die erste Runde war leider ohne seine Mitarbeit. Vielleicht geht es ja jetzt ein bisschen besser, wenn wir zu den eigentlichen Spesen kommen.

Man muss auch etwas ganz klar festhalten für die Menschen da draußen, die glauben, es gibt überhaupt kein Regelwerk. Die glauben, das wird ausbezahlt und der Politiker macht damit, was er will. Nein, die gibt es, die Richtlinie des Bürgermeisters vom Februar 1997. Und ich sage Ihnen eines, ich und auch viele andere Juristen sagen, die ist eigentlich ziemlich gut. Die ist eigentlich ziemlich gut, Herr Stadtrat Riegler, stimmt zu. Der Verwendungszweck der Gelder ist nur Anlässen zu widmen, die im unmittelbaren Zusammenhang mit der städtischen Aufgabenstellung stehen. Das ist eigentlich ziemlich klar. Da haben wir den zweiten Satz noch dabei, der wesentlich ist für unser kleines Gedankenexperiment dann. Zuwendungen, die dem Grunde nach lohn- beziehungsweise einkommenssteuerpflichtig sind, dürfen aus Verfügungsmitteln nicht geleistet werden. Das ist also ziemlich klar. Da hat sich kein Jurist ausgetobt, sondern hat klare Worte gefunden. Warum man natürlich 2004 aufgehört hat zu prüfen, ist auch eine Frage, die muss man der Verwaltung stellen, aber gut, ist halt so passiert. Auch der Herr Stadtrechnungshofdirektor äußert sich in der Kleinen Zeitung sehr klar und sehr richtig. Typische Ausgaben sind zum Beispiel Blumengeschenke oder Gastgeschenke. Er betont, dass Verfügungsmittel Steuergelder sind. Diese Gelder dürfen bestimmte Funktionen in der Stadt, ohne die sonst geltenden strengen

formalen Abrechnungsvorschriften verwenden, allerdings sind sie auf Maßnahmen beschränkt, die im gesetzlichen Aufgabenbereich dieser Funktionen liegen. Sie dürfen nicht für private Zwecke verwendet werden.

Jetzt stellen wir uns die Frage, was hat der Herr Eustacchio für eine Funktion gehabt. Er war Stadtrat zuvor und danach dann eben Vizebürgermeister mit seinen jeweiligen Ressorts. Und jetzt könnte man sich einfach einmal überlegen, was so in den Medien herumgegeistert ist. Ist das irgendwie im Zusammenhang mit seiner beruflichen Tätigkeit? Ist der Kauf einer Mantramühle um € 390,00 Aufgabe eines Stadtrates oder eines Vizebürgermeisters? Das weiß ich nicht. Ist die „Alter Herr Mario Eustacchio Geburtstagsfeier“ eine Stadtratssache? Naja gut, der Stadtrat hat auch Geburtstag, natürlich, ok, schenken wir auch. Geschenk Eder, also er schenkt dem Eder etwas, der nicht einmal sein Mitarbeiter war, sondern im Klub gesessen ist. Ist das in Ordnung? Weiß ich nicht. Dann gibt es das Spannende: Barauszahlung, und dann steht der Name vom Steuerberater dabei. Warum wird dem Steuerberater etwas bar ausgezahlt, in einer Höhe von € 550,00? Finde ich spannend. Aussee 2015, Magister so und so bekommt € 120,00 oder es sind € 120,00 vertrunken worden in Bad Aussee. Ist das der 18. Bezirk von Graz, der 19. oder 25.? Ich weiß nicht, klären Sie mich auf. Ausseer Kirtag, € 400,00. Stadtrat Eustacchio, war da die Verkehrsmesse? War da die Straßenbahn? Klären Sie mich auf. Da war ich noch nicht so involviert in die Politik. Dann gibt es die Buchungen 4x Eustis. Was heißt das, 4x Eustis? Ist das im Zusammenhang? Ach ja, klar, Stadtratstätigkeit. Trauungssaalfeier Heinz P., also der Büroleiter von früher. Pauschal € 600,00. Was hat er denn gefeiert? Einen neuen Trauungssaal? Hat dort eine Trauungssaalfeier stattgefunden? Ich weiß es nicht. Dann gibt es Englischkurse. Schön, dass Sie sich fortbilden, finde ich gut. Ist das etwas, wo man sagen muss, ok, man trägt den Englischkurs vom Herrn Stadtrat /? Kann man darüber diskutieren, kann man streiten, wieder moralisch, nicht strafrechtlich. Diskutieren wir moralisch. Dann werden € 4.000,00 von der Ticketzentrum Theater Service GmbH eingemahnt. Warum € 4.000,00 für Theaterkarten? Das ist ja unfassbar. Innsbruck € 400,00. Innsbruck, der 19. Bezirk von Graz oder klären Sie mich auf, ich weiß es nicht. Na gut, Silberloge, Wiener Akademie Ball. Ist man dort als Stadtrat, was

ist man dort, ist das nicht auf Graz beschränkt oder geht das überall? Dann kommt wieder der Steuerberater, diesmal Familie, dann die Namen vom Steuerberater, € 520,00. Ist das eine Rechnung? Bekommt er das bar, ist das ein Geschenk, ein Geschenk von den städtischen Verfügungsmitteln an den Steuerberater? Auszahlung Bad Aussee, ist das in Ordnung, moralisch? Moralisch, bitte, wir reden moralisch. Barauszahlung Messe, welche Messe? Messe Graz, eine Messe in Wien, wo? € 200,00, Wien, € 500,00. Da kommt die Zwischenfinanzierung der Freiheitlichen Partei mit € 50.000,00. Da sagt die Landespartei, Herr Stadtrat, € 50.000,00 für Sie oder wie darf ich mir das vorstellen? Da hätte ich gerne Aufklärung danach, dann vielleicht eine Antwort vom Herrn Stadtrat. Dann kommt wieder die Theater Service GmbH € 4.800,00. Feier Dreizehn. Kennen Sie das Dreizehn? Ich habe es gegoogelt, ich kenne es jetzt. € 350,00, Feier Dreizehn, Feier ist schon etwas Privates, oder? Feiern Sie immer politisch? Weiß ich nicht. Zell am See, dann wird es spannend. Sie erinnern sich, einkommensteuerpflichtig, Lohn- und einkommensteuerpflichtig. Dann steht da BONI. Ist das ein Name? Die Person BONI hat € 2.500,00 bekommen oder ist das die Mehrzahl vom Wort Bonus? Boni, wer hat die Boni bekommen? € 2.500,00 Sie selbst, Herr Stadtrat oder ein Mitarbeiter wäre laut der Richtlinie ganz klar nicht erlaubt. € 2.500,00, Alt Aussee. Dann kommt wieder der Steuerberater, dann kommt noch Hotel Wien, dann kommt die Stifteinladung. Für alle, die es nicht wissen, ein Stiftungsfest. Der Herr Stadtrat besucht ein Stiftungsfest von einer Verbindung. Ist das privat? Ist das Stadtratstätigkeit? Vizebürgermeistertätigkeit? Brauchen wir einen Gutachter? Ich weiß es nicht. So, dann kommen Buchungen, die kann man überhaupt nicht nachvollziehen. Silentree, ich weiß nicht, was das ist. Ich weiß es nicht. Silent tree, ein stiller Baum, aber es fehlt das T. Keine Ahnung, hat fast € 2.000,00 gekostet, wissen wir nicht, können wir nicht nachvollziehen. Wieder die Theater Service GmbH für € 4.000,00. Die Wienfahrt, Wien, Waidhofen, Hochzeit Kunasek. Die Hochzeit Kunasek, die ist privat, oder? Oder ist da der Stadtrat in seiner Funktion dort? Sie müssen mich aufklären. Bad Aussee, Eustacchio, wieder. So, Charmonix in Frankreich, ist das privat? Ich weiß schon, Sie waren dann mit einer abgabenden Schaft von städtischen Beamten dort am Berg. Trotzdem ist das privat, meiner Meinung nach.

Also vielleicht lege ich einen zu hohen moralischen Standard an. KJP-Platz, Einladung Eustacchio, wer wurde eingeladen? War lustig, € 810,00. Deizehnerrunde Eustacchio € 780,00. Wer wurde eingeladen? Ich weiß eh, danke an dieser Stelle an alle, die mir die Fotos von den früheren Saufereien zuschicken. Also es gibt Leute, die haben das scheinbar unfassbar gut dokumentiert. Es ist wirklich witzig, wer hier alles dabei war. Können wir einmal durchschauen. Könnten wir uns ein Fotoalbum kaufen. Der Herr Eustacchio hat gleich drei Fotoalben gekauft, € 480,00, € 854,00, € 526,00. Warum so viele Fotoalben im Zeitalter der Digitalisierung? Es kann ja auch ein Grund dahinterstehen, der völlig legal ist. Wir wissen es halt nicht aus dieser Buchung. Und was ich Ihnen vorher gesagt habe, es gibt halt keine Belege mehr. Man hat alle Belege vernichtet von 2015 bis 2020. So, jetzt gibt es für das Jahr 2021 die Belege, aber nicht alle. Selbst für das laufende Jahr gibt es nicht alle Belege. Ich meine, wie darf man sich das vorstellen? Also man gibt € 105.000,00 bis € 110.000,00 raus, für € 95.000,00 hat man Belege, für den Rest nicht. Die sind unterjährig verloren gegangen. Also ich hoffe, Sie haben so nicht bei der Bank gearbeitet, Herr Eustacchio. Da hätte ich dann große Sorgen. Geschenk Heinz: Ihr Büroleiter wechselt in die Bädergesellschaft und der Steuerzahler blecht € 750,00. Geschenk für seine Frau von diesem Mitarbeiter: € 509,00. Ein Mietbeitrag, Sie müssen wohnen, das verstehe ich, aber das sind privat Mieten, oder? Sie mieten von 05. bis 07.09.2020 etwas: € 1.065,00 in Bad Aussee, natürlich, oder Altaussee. Nageln Sie mich nicht fest. Auch dort wird eine Bewirtung gemacht: € 285,00. Dann gibt es die nächste sonderbare Buchung. Bitte nicht lachen, eine Vakuumpumpe Eustacchio. Was soll das sein, aus der Dinge heraus? Ist das privat? Also für die Klimaanlage kenne ich es. Ich kenne es dafür, dass man einer Kuh nach der Sterilisation irgendwas raussaugt. Das kostet ein bisschen mehr und dann kenne ich andere Dinge. Googeln Sie es nicht, was Sie um € 88,00 an Vakuumpumpen bekommen. Es ist alles nichts, was der Steuerzahler /. Also wenn Sie eine Kuh-Zucht betreiben, machen Sie das nicht auf Kosten des Steuerzahlers. So, dann steht wieder: Weihnachtsgelder für Mitarbeiter: € 1.900,00. Ich habe mit den Mitarbeitern gesprochen, die haben weniger gekriegt, und noch dazu lohnsteuer-einkommensteuerspflichtig. Hallo liebe Richtlinie, also da muss ich schon die Frage

stellen, das war jetzt ein Runde Auswahl. Warum macht man so etwas? Warum gibt es da nicht einen Zweck dabei, dass man sagt, ok, Dreizehnerrunde Eustacchio mit dem Referatsleiter, mit dem Abteilungsleiter, mit dieser Person? Nur jetzt rein, die Personen einfach so gewählt, können auch andere Personen sein. Müssen keine Referats- oder Abteilungsleiter sein, rein zufällig. Warum schreibt man das nicht dazu? Warum macht man das nicht nachvollziehbar? Warum werden die Belege vernichtet? Das ist für mich alles etwas, was moralisch nicht geht, was ein verantwortungsloser Umgang mit Steuergeld ist.

Ich habe versucht, bitte versucht mit Ihnen zu kommunizieren, Herr Eustacchio, mit Ihrem verstorbenen Büroleiter zu kommunizieren. Unser eigener Gutachter, den wir bezahlt haben, hat alles aufgearbeitet, für das 21er Jahr. Das 21er Jahr war schon eine Katastrophe. Er hat dann gefragt, der Gutachter, nicht ich, immer der Böse: Am 01.10.2021 wurden vom FPÖ-Gemeinderatsclub € 25.000,00 an Herrn Eustacchio überwiesen. Warum zahlt der Klub an Herrn Eustacchio etwas an dieses Verfügungsmittelkonto Stadtrat? Die offenbar zum Nachweis beigelegten Rechnungen belaufen sich auf € 13.416,00. Also man bekommt € 25.000,00 überwiesen, € 13.000,00 kann man belegen und davon ist überwiegend Inserate, Marktforschung, Medienbeiträge, die die FPÖ Graz als Adressat hat oder den Herrn Eustacchio selbst. Warum zahlt das der Klub? Verstehe ich nicht. Gibt es da einen Klubbeschluss? Gibt es nicht. Dann kommt die erhellende Antwort zurück: „Zur zweiten Frage kann ich“, von seinem Büroleiter, „ohne die jeweiligen Positionen zu kennen, wohl keine befriedigende Antwort geben. Grundsätzlich werden die Mittel für Inserate, Marktforschung, Einschaltungen stets entsprechend verwendet und sind auch dem Klub zuzurechnen, dieser sonst die Auszahlung nicht getätigt hätte. Wie bereits erwähnt, war ich nie in die Gebarung dieses Klubs eingebunden. Festzuhalten ist, dass Mario Eustacchio zu diesem Zeitpunkt auch Klubmitglied war, somit sich diese Frage relativiert“. Herr Eustacchio selbst sagt immer schon im Verfahren, ich war nie Klubmitglied, also widersprechende Aussage, ganz spannend.

Ich mache es jetzt kurz, ich schließe ab. Sie haben gesehen, wir werden heute leider ohne die Mitarbeit von Herrn Eustacchio hier nicht viel weiterkommen. Deswegen sind

alle meine Bemühungen leider vergeblich gewesen. Ich kann nur einen Appell an Sie alle richten. Wir haben in wenigen Wochen eine Wahl und vielleicht ist der eine oder andere dann wieder geneigt, danach mit der FPÖ zu koalieren. Ein paar hier nicht, hoffe ich zumindest, wobei man beim Toni Lang ja auch nicht weiß, aber gut, wie lange ist der noch da, man weiß es nicht. Es geht jetzt eher der Appell an die ÖVP, wo ich wirklich sage, ich kenne viele von euch, ich habe einige kennengelernt im Zuge der letzten Jahre, wo ich auch erlebt habe, dass auf Bundesebene ein Abgeordneter Hanger, eine Abgeordnete Krisper von den NEOS hervorragende Arbeit geleistet hat, was die Aufklärung dieses Skandals betrifft. Bitte machen Sie diese Arbeit nicht kaputt, indem Sie mit jemandem kollidieren, der dann, so wahr uns Gott nicht beisteht, neue Skandale produziert. Ich darf Ihnen auch sagen, was man in Ihrer Regierungszeit alles für Bösartigkeiten gemacht hat, nämlich gegen Ihren damaligen Chef gerichtet und gegen Ihre Partei gerichtet.

Ich gebe Ihnen nur zwei Beispiele, das ist nur eine kleine Waffenshow. Alle Waffen kann ich nicht präsentieren, man braucht immer etwas zur Absicherung. Aber ich kann etwas präsentieren aus dem Jahr 2012. Schauen Sie, das ist ein Originaltonbandgerät. Also ich habe mit dem Handy aufgenommen. Damals hat man so etwas verwendet. Man hat damals, 2012, jemand - ich habe es im FPÖ-Büro gefunden - hat damals großen Spaß daran gehabt, den Stadtrat Rüschi mitzuschneiden bei den diversen Gesprächen. Da gibt es dann einen spannenden Artikel, Herr Eustacchio. Vielleicht können Sie uns das erklären, das würde mich interessieren. Sie wollten mit dem Herrn Rüschi einmal säbeln, das liest man zumindest in der Zeitung. Da hat er einmal etwas gesagt, lesen Sie das nach, liebe Medienvertreter, lesen Sie das nach, was da damals im Protokoll steht, 2012, wo es um die Bank geht vom Herrn Eustacchio und um ganz böse Vorwürfe vom Stadtrat Rüschi, die sind da mitgeschnitten worden. Man hat wirklich versucht, den Stadtrat zu erwischen. Erstens, woher hat man gewusst, dass der Stadtrat das sagen wird? Zweitens, warum hat man den Herrn Stadtrat so lange vorher aufgezeichnet? Drittens, beweist das eigentlich eines, dass man hier selbst mitschneidet, dass man hier selbst diese Dinge tut, die man jetzt bei mir kritisiert? entschuldigen Sie, wenn jemand Straftaten mir gegenüber gesteht, dann werde ich ihn

immer mitschneiden, außer er ist im Zuge der anwaltlichen Beratung bei mir. Aber sonst werde ich ihn immer mitschneiden, weil das einfach nicht geht und einfach der Zweck in solchen Fällen die Mittel heiligt.

Und ich habe nur noch etwas Zweites mitgebracht, die Koalition Nagl-Eustacchio: Die haben sich eigentlich gut verstanden, muss man sagen. Die haben sich eigentlich gut verstanden und ich habe auch, sage ich, den Herrn Nagl immer respektiert. Ich habe gedacht, das ist ein respektvoller Umgang. Mir wirft man immer Dirty Campaigning und schlechte Dinge vor. Schauen Sie, ich habe unterlang gefunden, was man mit dem Herrn Nagl vorhatte. Alles Originale, alle echt. Was hat man mit dem Herrn Nagl vor? Ich lese nun vor: „Zusätzliche Themen zum Wahlkampf, zum produktiven Arbeiten für die Bürger mit ihrem Steuergeld. Magistratsarbeit von Nagl prüfen, anpatzen, an die Medien weiterleiten. Bernhard ist zuständig. So und dann gibt es auch ein Gutachten dazu. Magistratsarbeit Nagl, zumindest sehr unsauber, war eigentlich ein Plagiat, Medien zustecken. So arbeitet man mit den eigenen Koalitionspartnern, mit dem man noch vor wenigen Wochen und Monaten koalitiert hat? Indem man falsche, falsche Dinge in Umlauf bring? Indem man eine Medienkampagne starten will? Das ist wirklich etwas, wo ich sage, das kann ja wirklich nicht sein, dass man so arbeitet. Das zeigt ihre Art: Nach außen hin so, nach innen hin so. Und das ist einfach das, und da möchte ich nur kurz einen Satz von der Frau Bürgermeisterin aufgreifen: Warum man nicht einfach auch ganz klar mit der FPÖ abgeschlossen hat. Ich bin dort beigetreten, habe mir die Dinge angeschaut, war davon überzeugt, habe gesehen, die Dinge sind nicht so. Gut, dann zieht man weiter, dann sagt man, ok, es war halt nicht so. Jeder Mensch macht einmal einen Fehler, das war mein Fehler. Zum Glück sind nicht das meine Fehler, dann würde ich wesentlich schlechter schlafen. In diesem Sinne haben wir jetzt, glaube ich, jeder für sich genug Input, um ein moralisches Urteil zu fällen. Die Strafgerichte werden oder werden nicht ihre strafrechtlichen Urteile fällen oder werden eingestellt oder was auch immer, aber jeder kann sich etwas mitnehmen und sagen, für mich moralisch ist das so oder so gelagert.

Vielen herzlichen Dank.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke Herr Klubobmann. Herr Gemeinderat Wagner.

Gemeinderat **Wagner**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, hoher Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseher. Jetzt wieder zurück in die Gegenwart, zurück zum Stück. Im Rahmen der heutigen Sitzung werden zweifelsohne ganz wichtige Dinge besprochen, Themen wie Transparenz, budgetäre Verantwortung, Kontrolle und die Sinnhaftigkeit von Steuermiteinsatz.

Zunächst möchte ich in aller Deutlichkeit festhalten, dass die FPÖ Graz sich klar an Regeln im Umgang mit den zur Verfügung stehenden Mitteln, mehr Transparenz und intensiven Kontrollen nicht verschließen wird. Der Einsatz jedes Steuereuros muss zweckmäßig, wirtschaftlich und sparsam erfolgen. Überall dort, wo in der Vergangenheit der Eindruck entstanden ist, dass es zu Missständen kam, soll natürlich eine lückenlose Aufklärung erfolgen. Als freiheitlicher Mandatar vertraue ich auf unseren funktionierenden Rechtsstaat und darauf, dass jene, die mutmaßlich rechtswidrig gehandelt haben, sich auch entsprechend verantworten werden müssen. Gleichmaßen gilt es aber schon auch zu betonen, dass der Unschuldsvermutung ein wichtiger Stellenwert in unserem Rechtsstaat zukommt. Alle politisch motivierte Vorverurteilungen, die vor allem vor Wahltagen nur allzu gern getätigt werden, sollen den Aspekt nicht ganz außer Acht lassen.

Abseits aber der rechtlichen Beurteilung, die von den zuständigen Stellen unserer Gerichtsbarkeit erfolgen sollte, muss natürlich auf politischer Ebene kritisch reflektierende moralische Abwägung erfolgen. In diesem Zusammenhang sei aber nicht nur der heute ausschlaggebende Fall, der zur Sitzung geführt hat, für die Mittelabrechnung herangezogen werden, sondern auch die spannende Berichterstattung vom 30. Oktober von der Kleinen Zeitung über die Verwendung der Gelder durch die aktuellen Stadtregierungsmitglieder. Denn wenn, dann gilt der

moralische Maßstab nämlich nicht nur bei einem wahltaktisch gerade günstig scheinenden Fall, sondern einfach insgesamt.

Und auch die Vorgänge rund um die KFA möchte ich an dieser Stelle einmal erwähnt haben. Es kann also nur unser gemeinsames Ziel als Vertreter der Grazer Bevölkerung sein, möglichst klare und transparente Regelungen einzuführen, die dennoch eine politisch zweckmäßige Verwendung im ursächlichen Sinn ermöglichen, die Kontroll- und Prüfmechanismen auf allen Ebenen unserer Stadt wohl deutlich zu verbessern und gerade im Bereich der führenden Vertreter unserer Stadt das als engmaschiger zu gestalten. Das sei aber nicht als generelles Misstrauensvotum gesehen, sondern soll eher dem altbekannten Spruch „Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser“ entsprechen. Und dennoch darf ich hier jetzt von dieser Stelle aus meinen Dank an den Rechnungshof aussprechen, der im Rahmen der derzeitigen Handlungsoptionen zweifelsohne dazu beiträgt, die Transparenz und die unumstößliche Wichtigkeit zielorientierter Finanzmitteleinsatzes in der Landeshauptstadt immer wieder mit seinen Berichten hervor zu streichen.

Abschließend möchte ich nur noch festhalten, dass ich mich an gegenseitigen Anschüttungen Bezug nehmend auf gerichtsanhängige Vorkommnisse nicht beteiligen werde, sondern auf einen weiteren Debattenverlauf hoffe, der sich damit befasst, wie man die derzeitigen Schwachpunkte im Bereich Verfügungsmittel und Spesenabrechnungen ausräumen kann. Und deshalb bitte ich einfach beim Stück zu bleiben und auch darüber nachzudenken, wie können wir es in Zukunft wesentlich besser machen. Danke.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke. Weitere Wortmeldungen? Herr Gemeinderat Hackenberg und dann Frau Stadträtin Schönbacher.

Gemeinderat **Hackenberger:**

Sehr geehrte Stadtregerung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuschauer und Zuhörer. Wie es früher war, wissen wir jetzt bis fast ins letzte Detail. Ich würde sagen, dass wir uns jetzt dem Thema zuwenden, das hier wirklich auf der Tagesordnung steht. Das ist nämlich der zukünftige Umgang, der zukünftige Modus eines Umgangs mit öffentlichen Geldern, im speziellen Klubförderung und Verfügungsmitteln.

Wir begrüßen die Initiativen der NEOS zur Erschaffung einer besseren Transparenz und zur Verhinderung künstlichen Missbrauchs öffentlicher Gelder im Bereich der Klubförderung und der Verfügungsmittel. Vielen Dank für die Initiative, vielen Dank aber auch an den Stadtrechnungshof für die Initialzündung, aus der das Ganze, was in Bewegung gekommen ist, entstanden ist.

In Anbetracht dessen, was passiert ist, ist entschiedenes Handeln angesagt. Darüber gibt es keine Zweifel und es ist die Forderung verständlich, hier zu einem klaren und raschen Ergebnis zu kommen. Ein Teil des Weges wurde, wie wir wissen, schon zurückgelegt. Die zähe Umsetzung im Bereich des Landesgesetzgebers ist unter anderem dem Wahltermin geschuldet. Das soll uns aber nicht davon abhalten, die Sache auch dort in der neuen Legislaturperiode zu einem guten Ende zu bringen.

Am heutigen Tage haben wir einen mehr oder minder fertig ausgearbeiteten Entwurf für neue Richtlinien betreffend die Klubförderung und einen ersten Vorschlag für den zukünftigen Umgang mit Verfügungsmitteln. Für die sorgfältige und genaue Ausarbeitung möchte ich allen Mitarbeitenden im Bereich der Präsidiale und der Magistratsdirektion sehr herzlich danken. Man könnte sagen, die Verwaltung hat ihren Job erledigt, gut erledigt und aus ihrem Bereich alles getan, damit wir nach allem, was in der Vergangenheit an Verfehlungen geschehen ist oder geschehen sein könnte, mit neuen, klaren Regeln zu neuen Ufern aufbrechen können. Das ist, glaube ich, so die Intention des heutigen Sondergemeinderates.

Es liegt an uns, den politischen Parteien die Sache auch formell zu einem guten Ende zu bringen und die am Tisch liegenden Vorschläge fertig zu diskutieren und zum Beschluss zu erheben. Ich appelliere daher an euch alle hier im Raum, in diesem Sinne

konstruktiv mitzuwirken, damit wir das Jahr 2025 nicht wieder mit unzeitgemäßen Vorschriften beginnen müssen, die Missbrauch unserer Gelder begünstigen.

Ausdrücklich entgegen trete ich allerdings dem Abänderungsantrag der NEOS vom gestrigen Tag, der meiner Auffassung nach weit über das Ziel hinausschießt. Das beginnt mit der These, dass die Notwendigkeit von Verfügungsmitteln durch das Vorsehen von Repräsentationsausgaben in der Ordnungssatzgruppe 7 der VRV und die Verbuchungsmöglichkeiten für unvorhergesehene Ausgaben über sogenannte Deckungsringe gänzlich weggefallen sei. Es wird unterstellt, wir brauchen das nicht mehr, weil es eh in der VRV vorgesehen ist. Hier scheint mir ein gravierendes Missverständnis vorzuliegen.

Die VRV geben einen Rahmen und eine Strukturierung für die öffentliche Buchhaltung an, sie geben aber keinen Anhaltspunkt und begründen auch keine Rechte für konkrete Ausgaben und Aufwendungen. Sie stellen sozusagen nur eine leere Hülle für die Verbuchung von Einnahmen und Ausgaben dar. Wie die einzelnen Ansatzgruppen und Deckungsringe mit Inhalten, also mit konkreten Einnahmen und Ausgaben, zu befüllen sind, ist eine ganz andere Sache. Die Entscheidung, unter welchen Bedingungen und ob und in welcher Höhe Verfügungsmittel bereitgestellt werden, ist nicht eine Frage der VRV, sondern eine der Politik, also der zu beschließenden Inhalte unserer neuen Richtlinien.

Die Unterstellung, es handelt sich bei den Verfügungsmitteln um unkontrollierbare Finanzmittel, die nur mehr als Transchergeld verwendet werden, erscheint mir despektierlich und unpassend. Die Unterstellung, es sei üblich so vorzugehen, inkriminiert die Organe der Stadt und die Spitzenbeamten. Ich bestreite ausdrücklich, dass dieses Unwesen, was hier jetzt über eine Stunde in allen Details geschildert wurde, auch auf alle anderen zutrifft, außer denen, die konkret genannt wurden. Der Umstand, dass in der Vergangenheit bestimmte Personen möglicherweise dieses Instrument missbraucht haben, rechtfertigt jedenfalls in keiner Weise, unreflektiert dessen Abschaffung zu fordern. Man kann ja auch das Problem von Ladendiebstählen dadurch beseitigen, indem man Kunden einfach nicht mehr in die Geschäfte hineinlässt. Das Problem ist damit erledigt, aber wahrscheinlich nicht in einer

sinnvollen Art und Weise. Ein derart plakatives Vorgehen verstellt den Blick auf die offenen und ehrlichen Fragen, ob es gute Gründe dafür gibt oder nicht, weiterhin Verfügungsmittel zu gewähren.

Bürgermeister:innen, Stadträt:innen und Behördenleiter:innen sind Führungskräfte, vergleichbar mit Vorständen oder Geschäftsführer:innen von größeren Unternehmen. Sie müssen, ebenso wie die Führungskräfte in der Wirtschaft, eine Vielzahl von Repräsentationsaufgaben übernehmen, die Kosten verursachen und im Zeitpunkt der Erstellung eines Budgets natürlich nicht im Ansatz konkret absehbar sind und sich daher auch nicht planen lassen. Dazu gehören Arbeitsessen, diverse Geschenke und Spendenkosten im Zusammenhang mit Besuchen von außen, von Exkursionen, Mitgliedsbeiträgen etc. Niemand käme auf die Idee, Unternehmen oder Geschäftsführer:innen von Unternehmen, die auch über fremdes Geld verfügen, derartige Aufwendungen abzusprechen und ebenso wenig ist es sinnvoll, sie im öffentlichen Sektor einfach zu streichen. Wenn im Abänderungsantrag davon gesprochen wird, dass in den VRV ohnehin für Repräsentationsaufgaben in diesem Sinne Vorsorge getroffen wurde, Verfügungsmittel also nicht mehr erforderlich sein, und andererseits mit der Einsparung der gesamten bisherigen Summe spekuliert wird, ist das nichts als Populismus. Auch die NEOS bestreiten ja gar nicht, dass Repräsentationsausgaben anfallen. Wo bleibt also die Einsparung, frage ich? Nein, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sollten nicht über die Abschaffung der Verfügungsmittel sprechen, sondern über Regeln, die einen Missbrauch dieser Gelder hintanhaltend. Dafür liegt ein erster Vorschlag der Magistratsdirektion vor, der auf eine inhaltliche Diskussion harret.

Zum Schluss möchte ich noch die bisher unterlassene Unterscheidung zwischen Politik und Vertretung der Stadt Graz in den Blick nehmen. Hier wird, oder wurde bisher so getan, als wäre Klubförderung und diese Verfügungsmittel quasi dasselbe. Die Politikerin, der Politiker kann, ohne mit der Wimper zu zucken und ohne Nachdenken über diese Gelder verfügen. So ist es überhaupt nicht. Die Verfügungsmittel sind Gelder, die einer Funktion geschuldet sind und im Namen der Stadt Graz ausgegeben werden und nur für diesen Zweck ausgegeben werden dürfen. Die Klubförderung ist

eine Förderung der politischen Arbeit der Parteien und der Klubs. Diese Unterscheidung ist mir völlig abgegangen und ich denke, wenn man sie trifft, wird man zu einem anderen Ergebnis kommen, wie das Angedachte.

Danke schön.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke schön. Frau Stadträtin Schönbacher bitte und danach Frau Clubobfrau Anna Hopper.

Stadträtin **Schönbacher**:

Warum habe ich mich jetzt noch einmal zu Wort gemeldet? Ich wollte die Zeit ein bisschen überbrücken, weil ich in sprachlose Gesichter gesehen habe und mir gedacht habe, wahrscheinlich ist vielen die Spucke weggeblieben, so wie mir vor drei Jahren auch ein bisschen die Spucke weggeblieben ist. Ich möchte noch einmal darauf aufmerksam machen, dass wir heute zwei Themen auf der Tagesordnung haben, das eine sind die Richtlinien und das andere der Grund, warum wir eigentlich hier sind. Da sollte man sich schon zu Wort melden, ob man jetzt etwas runter liest oder einen Wortwitz macht oder seine Meinung zum Thema gibt. Weil wir haben so viele Themen in der Gemeinderatssitzung, über viele Sitzungen, und wenn die Themen auch oft noch so klein sind, gibt fast jeder seine Meinung dazu ab. Deswegen möchte ich noch einmal darauf plädieren, dass man da tatsächlich auch seine Meinung abgeben soll, weil wahrscheinlich da draußen die Zuhörer das auch interessiert, wie vielleicht die ÖVP darüber denkt, wie die SPÖ darüber denkt oder auch wie einzelne Mandatare über diese Dinge denken.

Ich möchte momentan auch die Gelegenheit nutzen und mich bei meinem Kollegen, dem Klubobmann Alexis Pascuttini, bedanken, weil der hat wirklich sehr viel Zeit da investiert, um auch aufzuarbeiten. Nicht, dass ihr denkt, wir haben keine Hobbys, wir können unsere Hobbys nur momentan nicht ausleben, weil wir diese Sache wirklich

sehr genau nehmen. Ich möchte mich bei ihm bedanken, bei den Mitarbeitern und auch beim gesamten Team, auch bei den Mitarbeitern der Stadt und auch bei einzelnen Mandataren und auch den NEOS, die anscheinend da den gleichen Zugang zur Moral haben wie wir und die solche Themen auch ausgesprochen oder sich aussprechen getrauen und auch ausgeräumt haben wollen. Da bedanke ich mich wirklich sehr, sehr herzlich dafür für diese Unterstützung, weil es ist schön, dass man sie hier jetzt nicht ganz allein fühlt und in einem kleinen Team ist, sondern dass doch einzelne Personen dann ihre Meinung dazu sagen. Ich freue mich auch, dass Günter Wagner versucht hat, das ein bisschen sachlich runterzuspielen, weil ich weiß auch, dass ihm einmal die Spucke weggeblieben ist und freue mich, dass er heute auch eine Wortmeldungen gemacht hat.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Bitte Frau Clubobfrau und danach Frau Klubobfrau Schlüsselberger.

Clubobfrau **Hopper**:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Mitglieder der Stadtregierung. Vielleicht nur ganz kurz vorweg, Claudia, du weißt, ich schätze dich unglaublich. Die Art und Weise, wie und in welcher Formulierung wir uns hier zu Wort melden, ist uns überlassen und das ist glaube ich auch gut so und auch richtig so. Ich verstehe natürlich insbesondere durch die persönliche Betroffenheit auch die Vehemenz, mit der du hier verschiedene Äußerungen auch einfordern möchtest.

Wir als ÖVP haben eine ganz klare Haltung zu diesem Thema, eine ganz klare Haltung zum Thema Transparenz. Vorweg sei einmal dazu gesagt, dass wir uns sehr, sehr darüber freuen, dass hier bei dieser Richtlinie, bei der Zukünftigen, auch ein Konsens gesucht wird. Vielleicht vorweg auch noch zu den Auflistungen von Kollegen Pascuttini, den ich jetzt gerade verloren habe, sei vielleicht so viel gesagt, er hat schon angesprochen, dass auch in der Vergangenheit die ÖVP auch auf Bundesebene bei

verschiedenen Dynamiken, was die Justiz angeht, glaube ich, sehr intensiv auch versucht hat, hier Klarheit zu schaffen und hier auch die Justiz sauber arbeiten zu lassen. Und auch das ist etwas, wovon wir auch hier ausgehen, wo grundsätzlich wichtig ist, und das hat Alexis auch gesagt, dass gegebene Ungereimtheiten da im Vorfeld natürlich klar sein müssen. Jetzt ist es an der Justiz, dass tatsächlich klar aufzuklären. Moralisch kann sich jeder selbst ein Bild zu der ganzen Sache machen. Aber vielleicht nach den doch insgesamt einigen aufgeregten Wortmeldungen und einigen sachlichen, für die ich mich an dieser Stelle bedanken möchte, ist es mir wichtig, noch einmal kurz festzuhalten, dass wir in diese Diskussion eigentlich keine Chance oder keine Möglichkeit oder diese Diskussion hier nicht nutzen möchten, um hier eine kleine Wahlwerbeveranstaltung daraus zu machen. Sondern dass es da eigentlich in allererster Linie darum gehen soll, was wir als Stadt jetzt selbst machen können, damit so etwas in Zukunft nicht mehr vorkommen kann. Und ich wiederhole, ich bin froh, dass hier der Konsens gesucht wird, auch von den Koalitionsparteien, dass man das tatsächlich gemeinsam erarbeitet.

Wieso ist das wichtig? Nicht nur damit es atmosphärisch netter wird bei uns im Gemeinderat, sondern weil es, glaube ich, von allen Seiten das Commitment gibt, dass man mit dieser Richtlinie etwas Dauerhaftes dann auch beschließen kann, etwas, das nicht zukünftig bei einem vielleicht Regierungswechsel dann noch einmal überarbeitet wird. Und diese breite Mehrheit, da sollten wir uns auch wirklich die Zeit nehmen, das auch noch einmal zu besprechen und anzuschauen, damit wir da wirklich alle miteinander mitgehen können, die wir hier vertreten sind.

Ich denke, das Ziel muss auch sein, das möchte ich an dieser Stelle auch sagen, dass die Bevölkerung nicht jetzt glaubt oder nicht der Eindruck entsteht, dass grundsätzlich überall, wo Verfügungsmittel bestehen, die einfach irgendwie verwendet werden. Bei der Debatte bisher, natürlich auch bei den langen Ausführungen von Pascuttini, aber auch von Stadträtin Schönbacher und auch bei der Einleitung von Kollegen Pointner, wirkt es schon etwas so, als würden wir unsere ganzen Stadtregierungsmitglieder jetzt einmal unter Generalverdacht stellen, alle bisherigen Magistratsbeamten, die Verfügungsmittel haben, unter Generalverdacht stellen. Diesen Eindruck möchte ich

bitte auf das Vehementeste zurückweisen. Auch durch die mediale Berichterstattung ist das natürlich ein bisschen in dieses Licht geraten und dem ist de facto aber einfach nichts so.

Und es ist, glaube ich, wichtig, dass uns allen hier bewusst ist, dass wir alle hier das Bild der Politik prägen und dass wir hier bei aller sachlicher Differenz, die wir immer wieder auch haben, sehr wohl davon ausgehen, wir von uns, aber auch die Bevölkerung von uns ausgehen darf, dass wir uns im besten Wissen und Gewissen für die Bevölkerung und das Interesse der Bevölkerung einsetzen und auch die Verfügungsmittel, die für Repräsentationskosten zur Verfügung stehen, gewissenhaft verwendet werden. Es ist tatsächlich sehr, sehr schade und bedenklich, dass dieses Gesamtbild durch die Vorgänge rund um die FPÖ jetzt wirklich in Schieflage geraten ist.

Ich möchte aber auch festhalten und davor warnen, Gerhard Hackenberg hat es vorhin schon angesprochen, wie mein Kollege Philipp Pointner formuliert hat, dass der Politik sämtliche Mittel, die in den Verfügungsmitteln da sind, zu entziehen, um Politik zu machen. Weil ehrlicherweise uns als ÖVP es grundsätzlich schon lieber ist, dass es Verfügungsmittel gibt für Repräsentationskosten, dass es klare Regeln gibt, wie diese auszugeben sind, anstatt dass wir wie im Fall der NEOS beispielsweise einen Großspender haben, der sich eine eigene Partei quasi gestalten kann. Also da ist es mir in dieser Form lieber, die wir hier jetzt dann anstreben. Deswegen können wir auch deinem Abänderungsantrag nicht nähertreten, lieber Herr Kollege.

Abschließend darf ich noch eine Lanze brechen für alle, die in der Politik arbeiten, für uns hier, die wir, bis auf die eine genannte Person, wo die Anschuldigungen im Raum stehen, sehr gewissenhaft arbeiten. Für all die Leute, die darüber hinaus im Nationalrat, im Landtag, von allen unseren Parteien, den Gemeinderäten, aber auch auf der Bezirksebene und ehrenamtlich aktiv sind, die nämlich durch diese gesamte Berichterstattung, diese gesamte Situation in Mitleidenschaft gezogen werden, weil dieser Generalverdacht einfach im Raum steht und das Bild der Politik, die mehrheitlich für die Menschen arbeitet, wie wir hier da sitzen, eigentlich geschädigt ist. Es braucht daher klare Regeln, die auch weiterhin Politik ermöglichen, aber auch anwendbar, kontrollierbar und praktikabel sind, weil es sonst immer weniger

Menschen geben wird, die sich bereit erklären, politische Verantwortung zu übernehmen, wenn man mit diesen Anschuldigungen konfrontiert ist. Damit wäre das grundsätzlich ein sehr, sehr großer Schaden für die Demokratie.

Ich darf abschließend auch noch betonen, dass wir als Volkspartei für klare Regeln stehen und uns auf die Arbeitsgruppe sehr freuen. Wir haben auch unsere Punkte gestern im Ausschuss schon festgehalten und werden uns intensiv einbringen, sowohl bei den Verfügungsmitteln als auch bei den Klubfördermitteln in bekannter Manier, damit man hier auch zukünftig ganz klare Spielregeln hat, auf die sich die Menschen in unserer Landeshauptstadt verlassen können.

Danke schön.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Frau Klubobfrau Schlüsselberger.

Klubobfrau **Schlüsselberger**:

Liebe Stadtregierung, lieber Gemeinderat, liebe Kolleginnen und Kollegen, Vertreter der Medien und Zuhörer:innen. Meinung abgeben war das große Schlagwort von dir, Claudia, und ich schätze dich sehr für deine Vehemenz in dem Thema Aufarbeitung zu leisten, aber ich finde es immer gefährlich, ich habe eine private Meinung, ich habe eine politische Meinung, also Meinung abzugeben vor allem nur, um die Meinung gesagt zu haben und Wiederholtes noch einmal gesagt zu haben, ist der Grund, warum wir manchmal ein bisschen länger sitzen, als es eigentlich die Sache brauchen würde. Nichtsdestotrotz, glaube ich, wer mich kennt, weiß, wenn ich am Abend mit einer Kollegin zum Würstelstand gehe, mache ich das als Daniela und zahle es aus der Kasse. Also ich habe ehrlich gesagt diese Generalverurteilung schon fast aller politischen Mandatäre, wie es die Kollegin Hopper gesagt hat, einfach ein Problem, weil ich es schade finde, weil es vielen von uns, vielen von euch das unterstellt, was nicht immer und überall so ist. Dass es vielleicht in der Vergangenheit passiert ist, das wird jetzt

aufgearbeitet, ist ein Fall für die Gerichte. Da würde ich jetzt meine Privatmeinung juristisch ungebildet hintenanstellen, bin aber absolut dafür, dass wir daraus lernen. Dafür brauche ich nicht alle Buchungszeilen. Nach der Dritten hat es mir eigentlich schon gereicht. Liegt vielleicht daran, dass ich aus der Privatwirtschaft komme und ab € 0,50 permanent ein schlechtes Gewissen habe, wenn irgendwas zu tätigen ist, weil Compliance-Richtlinien mir keine Fremden sind und ich mich eigentlich in meinem jetzigen Tun rechtlich sicher fühle. Ob man das moralischen Kompass oder Pragmatismus nennt, sei jetzt dahingestellt.

Einbringen möchte noch, der Herr Kollege Hackenberg hat schon gesagt, Klubfördermittel, Verfügungsmittel, unterschiedliche Diskussionsebenen, unterschiedliche Diskussionsbereiche, die oft jetzt vermengt werden. Ich glaube, es ist nicht gut, wenn wir zwei Sachen vermengen, denn es gibt Vorgaben schon für was. Es gibt richtungsweisende Leitfäden und es gibt auch sehr viel, die sich daran halten, muss ich da sagen. Deswegen, glaube ich, ist es wichtig, dass wir gemeinsam da noch nachschärfen, dass wir Richtlinien noch ausformulieren, dass sie unmissverständlich sind. Das tun wir jetzt auch und dass es mehr Mammutaufgabe ist, als es mir lieb ist, das beweisen wir jetzt bei den Klubförderrichtlinien, die wir gemeinsam nicht nur innerhalb der Klubs, sondern auch mit den NEOS, die da auch mitmachen, auch wenn sie jetzt nicht den Klubstatus haben, gemeinsam versuchen, zu einem guten Gemeinsamen zu bringen. Und wer das mal probiert hat, weiß, was es bedeutet, so viele unterschiedliche Perspektiven, Meinungen, Stellungnahmen und Gutachten von diversen Seiten in eine Richtlinie zu gießen. Da möchte ich mich explizit auch bei der Beamtenschaft der Stadt Graz bedanken, die immer wieder einmal für Rückfragen zur Verfügung stehen, schnell noch freitagnachmittags etwas klären, noch schnell ein Schriftstück klären oder noch einmal sich wo dazusetzen und uns da tatkräftig unterstützen.

Zum Abänderungsantrag noch kurz, der Kollege Hackenberg hat das wunderbar ausgeführt, wir sehen das gleich, auch die Kollegin Hopper, ich glaube, wir vermengen da Sachen, die nicht vermengt gehören und würden dem nicht nachkommen, sind aber ganz klar für Kontrolle und Transparenz. Ich glaube, ich habe das bewiesen, indem ich

mein erstes Jahr als politische Mandatarin, als Gemeinderätin quasi halb im Stadtrechnungshof verbracht habe, um mir Überblick zu verschaffen und mir dort die Möglichkeiten von meinem Tun zu schaffen.

Deswegen freue ich mich, wenn wir als Konsens mitnehmen aus dieser Sitzung, dass wir gemeinsam in die richtige Richtung gehen, gemeinsam daran arbeiten, gemeinsam schauen, dass auch die Politik hier nicht in Verruf gerät wegen ein paar Wenige, und bin froh, dass wir das über alle Parteigrenzen hinweg auch bewiesen haben, in den letzten Monaten, dass das geht. Danke schön.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke Frau Klubobfrau, als nächster Herr Gemeinderat Wagner bitte.

Zwischenruf

Bürgermeisterin **Kahr**:

Ach Eustacchio, Entschuldigung, du warst schon. War keine Absicht.

Gemeinderat **Eustacchio**:

Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Damen und Herren der Stadtregierung, meine werten Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren aus der Verwaltung, von den Medien, jene, die heute zuschauen, sowohl auf der Tribüne als auch jene, die online dabei sind, seien Sie herzlich willkommen.

Es kommt also zufällig zehn Tage vor der Steirischen Landtagswahl zu einer Sondersitzung im Grazer Gemeinderat. Die Bühne wurde gesucht, die Bühne wurde gewährt und bereitgestellt, nachdem ich ja allem Anschein nach zu einem Teil und Zustandekommen, dieses Sondergemeinderats beigetragen haben soll, ein kleiner Rückblick:

Aufgrund von anonymen Vorwürfen wird also nunmehr seit über drei Jahren Material gegen mich gesucht, begleitet von aufgeregten vermeintlich Wissenden und unterstützt von inquisitorisch agierenden Medien, die sich hinter dem Satz, er ist heute schon genannt worden „Es gilt die Unschuldsvermutung“ verstecken. Befragt zu all den Vorwürfen, Unterstellungen und Vorverurteilungen wurde ich erstmals nach zweieinhalb Jahren. Etwas seltsam, würde ich anmerken.

Zwischenruf

Gemeinderat Eustacchio:

Nun kamen also Buchungszeilen meines ehemaligen, so bezeichneten Stadtratskontos in die Medien, übrigens kein Spesenkonto, sondern ein ganz normales Girokonto, wo verschiedene Themenstellungen darüber abgewickelt wurden. Die Unterlagen wurden zum wiederholten Male zum Zwecke der Beschneidung meiner beschulten Rechte aus dem Akt entnommen und an diverse Medien weitergegeben. So gut, so schlecht. Nun erfolgte aufgrund der Inhalte der Buchungszeilen, die ja nur eine verkürzte Darstellung sind, des Inhaltes, eine Beurteilung, Verurteilung und Bewertung dieser Ausgaben, subjektiv und ohne Kenntnisse der Hintergründe.

In weiterer Folge kam es zu einem Zahlenstriptease der aktuellen Mitglieder des Stadtsenates und siehe da, ähnliche Ausgaben wurden getätigt. Allerdings hat man bei mir fast sieben Jahre zusammengezählt und die Summe mit jeder der Ausgaben von nur einem Jahr verglichen. Seriosität sieht auch hierbei anders aus. Die Stadtsenatsmitglieder haben, so wie ich, jährlich die Verfügungsmittel bei der Stadthauptkasse angefordert und erhalten und diese, so wie ich, nach den Richtlinien der Stadt Graz verwendet. Ein Aspekt, der ihnen nicht bekannt ist und deswegen auch immer falsch dargebracht wird: Auf meinem sogenannten Stadtratskonto gingen nicht nur die Verfügungsmittel der Stadt Graz ein, sondern auch Gelder seitens der FPÖ, welche für Aufgaben und Aufwendungen in meiner Funktion als Stadtparteiobmann im Sinne des politischen Auftrages verwendet wurden. Also verschiedene Gelder, daher

auch verschiedene Anwendungen und Zuwendungen. Was hier gemacht worden ist, ist ganz bewusst, Äpfel mit Birnen zu vergleichen.

Zwischenruf

Gemeinderat **Eustacchio:**

Ich habe nur über die Äpfel geredet, habe aber nicht gewusst, dass das Birnen sind. Das bedeutet, städtische Verfügungsmittel, nennen wir sie jetzt Äpfel, ganz korrekt verwendet, ist auch darstellbar. Birnen, Mittel von der FPÖ, die ich natürlich anderweitig verwendet habe.

Zwischenruf

Gemeinderat **Eustacchio:**

Das mag schon sein, dass man zwei Konten haben müsste, sollte. Im Nachhinein sind wir immer gescheiter.

Zwischenruf

Gemeinderat **Eustacchio:**

Aber es ist weder illegitim und so ist es erfolgt.

Und weil diverse Journalisten die Behauptung getätigt habe, dass es nicht korrekt gemacht worden ist, zwei Beispiele: Der Herr Kollege Journalist, der heute hier sitzt, hat ja wieder einmal zwei Themen herausgegriffen. Der Herr Klubobmann hat viele herausgegriffen. Ich nehme Charmonix und ich nehme München. Charmonix war nicht aus städtischen Mitteln gezahlt, sondern aus anderen Mitteln. München war ein Ausflug beziehungsweise ein dienstlicher Ausflug nach München zu einer Messe, wo Vertreter aus unterschiedlichen Abteilungen der Stadt Graz dabei waren, und das ist natürlich aus städtischen Mitteln gezahlt worden. Es ist also falsch und daher ist diese Trennung von mir vorgenommen worden und niemand hat das zu interpretieren. Vor

allem, wer nichts weiß, muss alles wissen. Herr Kollege, du warst schon am Wort, du kannst jetzt weiter lächeln, das passt schon, aber ich möchte auch meine Ausführungen tätigen, weil dazu bin ich ja auch berechtigt.

Es wäre auch leicht feststellbar gewesen, ob das Ganze ordnungsgemäß gewesen ist.

Der Herr Stadtrechnungshofdirektor ist heute da. Der Stadtrechnungshof hätte jederzeit, jederzeit, diese städtischen Mittel prüfen können. In den 13 Jahren, in denen ich in der Stadtregierung war, Mitglied des Stadtsenats, war dies weder bei mir noch bei Kolleginnen und Kollegen der Fall. Das ist ja schade. Schade deswegen: Wäre dies in der Vergangenheit überprüft worden, hätten wir die Kolleginnen und Kollegen der verschiedenen Büros im Stadtsenat und ich längst die Bestätigung über die ordnungsgemäße Gebarung dieser Verfügungsmittel gehabt.

Und ich erlaube mir jetzt ein kuriozes Detail der Vorwürfe herauszunehmen. Ich gehe natürlich jetzt nicht auf all diese Themen ein, die der Herr Pascuttini hier vom Leder gezogen hat, das würde den Rahmen sprengen. Kritisch wird angemerkt, dass ich gemeinsam mit dem damaligen, freiheitlichen Gemeinderatsklub einen jährlichen Neujahrsempfang gegeben habe. Es gingen um ca. 250 Personen aus Politik und Wirtschaft, unter anderem der Herr Landeshauptmann, Vertreter aus dem Gemeinderat, Landtag, Stadtsenat und so weiter. Eine Veranstaltung quer über Parteigrenzen hinweg, ein sinnvolles Zusammenkommen im Sinne des Gemeinschaftlichen und der politischen Vernetzung. Die Kritik dazu kommt genau von Journalisten, die alljährlich beim Empfang des Herrn Landeshauptmann, dem sogenannten Presseempfang, eingeladen sind. Übrigens, gegen diese Veranstaltungen gibt es überhaupt nichts einzuwenden, wird natürlich auch mit Steuermitteln bezahlt, aber genau diese Herren und Damen werfen mir einen sogenannten Neujahrsempfang vor. Wird hier mit zweierlei Maß gemessen? Ich denke ja.

Und auch dabei, wie gesagt, handelt es sich um Steuergeld. Nachdem wir seit Monaten im durchgängigen Wahlkampf sind, noch ein Steuerzahlerdetail für die Presse:

Hunderttausende Euro fließen in die Wahlwerbung, zu einem großen Teil in Inserate bei Medien, Steuergeld. Ich weiß nicht, wie eine Befragung des Steuerzahlers ausgehen würde, wenn man dieses Thema in einer Bürgerbefragung hinterfragte. Im Übrigen,

auch die so moralisierenden NEOS bedienen sich für derartige Ausgaben gerne am Geld des Steuerzahlers. Ein ganz relevanter Punkt in Hinsicht auf den Austausch mit Medien, weil das wird mir immer vorgeworfen, dass ich mit den Medien nicht rede. Das stimmt, das stimmt deswegen, weil mein Anwalt gesagt hat, wir reden nicht mit den Medien, wir reden mit den ermittelnden Behörden oder der Staatsanwaltschaft, weil diese einzig und alleine für uns relevant sind und darüber zu berichten haben, zu richten haben und Entscheidungen zu treffen haben.

Und weil es eigentlich sehr gut passt und weil es ideal ist, ich muss sagen, ab und zu hat man Glück. Und mittlerweile ganz frisch am Tisch ist seit Dienstag das Gutachten, das der Staatsanwalt in Auftrag gegeben hat in Kärnten, nämlich das Finanzgutachten. Und es hat ja ein erstes Gutachten gegeben, da bin ich aber nicht befragt worden, deswegen war dieses Gutachten noch in einem ganz anderen Sinne. Jetzt liegt dieses neue Gutachten, das endgültige Gutachten auf und vor. Ich erlaube mir kurz daraus, ganz exklusiv ein paar Passagen, ganz wenige, zu zitieren: „4.9.3.2 Kassabewegungen – Kassabuch und Belege liegen für das Jahr 2021 bis 16.11 vor. Das Kassabuch wurde ordnungsgemäß geführt. 4.9.4 Mittelverwendung und zur Verfügung stehenden Mittel im Zeitraum 2015 bis 2021 - Aus der obigen Darstellung ist ersichtlich, dass in Summe € 546.282,24 an Mitteln verwendet wurden, während im gleichen Zeitraum Mag. Eustacchio an Verfügungsmittel als Stadtpartei und der Stadt Graz € 572.250,00 zugeflossen sind. Ich setze in Klammer, dass das Stadtratskonto wurde von mir Ende 2021 geschlossen und die restlichen Verfügungsmittel in der Höhe von € 21.111,85 an Frau Stadträtin Schönbacher überwiesen.

Jetzt hacke ich kurz bei der Frau Gemeinderätin Schönbacher ein: Du hast jetzt in den Medien, auch heute in der gleichen Zeitung, über € 50.000,00 berichtet und hast es auch dann der Staatsanwaltschaft übermittelt und die aufgefordert, dem näherzutreten und das genau anzuschauen. Das ist sehr löblich von dir. Ich bin relativ sicher, dass der Herr Steuerberater und Wirtschaftstreuhänder, der jetzt fast zwei Jahre geprüft hat, diese Summe schon geprüft hat, aber es wird hilfreich für ihn gewesen sein. Herzlichen Dank dafür.

Und jetzt komme ich zum Schluss, meine Damen und Herren, und das ist das Wichtige und das ist die Botschaft des heutigen Tages von mir. Der Schlusssatz des Gutachters: „In Summe ist daher davon auszugehen, dass die Herren Mag. Eustacchio zur Verfügung stehenden Mittel bestimmungsgemäß verwendet wurden“. Ich wiederhole es: „In Summe ist daher davon auszugehen, dass die Herren Mag. Eustacchio zur Verfügung stehenden Mittel bestimmungsgemäß verwendet wurden“, und ich glaube, das sagt alles aus. Alles Weitere werden wir abwarten müssen und überlassen das den Behörden und nicht irgendwelchen selbsternannten Aufklärern und Hobbystaatsanwälten.

Um noch einen Satz zu den zukünftigen Gestaltungen zu sagen, meine Damen und Herren, selbstverständlich, wenn man sich neue Richtlinien geben will, wenn man sagt, wir wollen es anders machen, dann soll man es tun. Meine Stimme dafür ist da. Es muss nur sinnvoll sein und Sie, meine Damen und Herren, auch in der Stadtregierung müssen sinnvoll arbeiten können. Auch Pascuttini und Herr Pointner werden nie in der Situation sein, ein Regierungsamt zu übernehmen, daher tun sie sich sehr leicht, auch sehr leichtfertig, solche Dinge abschaffen zu wollen.

Danke.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke schön. Weitere Wortmeldungen? Herr Klubobmann Pascuttini.

Klubobmann **Pascuttini**:

Also man muss schon sagen, gutes Schauspiel, das wir da noch zum Schluss bekommen haben. Eine tatsächliche Berichtigung: Ich könnte jetzt alles berichtigen, dann sitzen wir noch sehr, sehr lange da. Sie haben das Gutachten angesprochen. Das Gutachten liegt vor. Man muss einmal eines ganz, ganz klar festhalten, das haben Sie weggelassen, oder Herr Eustacchio, € 25.000,00 sind nicht belegbar. Steht auch drinnen im Gutachten. Steht drinnen, € 10.000,00 alleine im Jahr 2021 nicht belegbar.

Und was Sie übersehen haben, man hat einfach geschaut, passen die Summen zusammen, Herr Eustacchio. Man hat sich nicht mit der Frage beschäftigt, ob es Beschlüsse gegeben hat für die € 50.000,00, die hereingekommen sind. Man hat sich nicht damit auseinandergesetzt, was die einzelnen Buchungen sind. Sie haben auch diese einzelnen Buchungen nicht erklärt. Schauen Sie, es ist das gleiche Spiel seit drei Jahren. Es kommt etwas in den Akt, die Staatsanwaltschaft sagt: „Hoffentlich können wir jetzt zu machen“, und wir werden da wieder etwas erklären müssen. Wir werden etwas vorlegen müssen, das wird weitergehen.

Herr Eustacchio, was steht denn noch in dem Gutachten drinnen? Die ganzen Darlehen, die da Herr Eder irgendjemand gegeben hat, die ganzen anderen Dinge, die da drinnen erwiesen sind. Sie haben gesagt, das Ergänzungsgutachten, die Vereine, also gut, wenn Sie sich darüber freuen, lasse ich Ihnen die Freude. Ich würde mich an Ihrer Stelle nicht freuen.

In diesem Sinne erlauben Sie mir noch einen Satz, lateinisch, falls ich nicht richtig ausspreche, aber er passt so treffend: Quo usque tandem Eustacchio, abutere patientia nostra? - Wie lange wirst du noch unsere Geduld strapazieren mit diesem Wahnsinn, den du da abziehst? Schau, ich mache dir ein Angebot, ein ehrliches Angebot: Wenn du nur hier bist, weil du das Geld brauchst, lege dein Mandat zurück, und ich zahle es dir privat. Das ist mein ehrliches, aufrichtiges Angebot.

Herzlichen Dank.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Herr Klubobmann Dreisiebner.

Klubobmann **Dreisiebner**:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, werte Mitglieder der Stadtregierung, sehr geehrte Damen und Herren hier und am Livestream. Bevor es völlig obskur wird, möchte ich noch einmal auf die drei

Antragspunkte des von uns eingebrachten, und ich habe ja auch mitunterschrieben, Antrages für die Sondersitzung zurückkommen. Vorab sei mir aber noch in Richtung des Herrn Mag. Eustacchio ein Satz erlaubt: Völlig richtig und rechtlich legitim, man ist auf einer Liste einer wahlwerbenden Partei, einer Wahlpartei, kann man dieses Gemeinderatsmandat annehmen, dafür gibt es Grenzen, die aufgrund dessen, dass es kein Urteil gibt und auch aufgrund dessen, dass es ein schwebendes Verfahren gibt beziehungsweise Vorerhebungen gibt, so natürlich legitim ist, wenn Herr Mag. Gemeinderat Eustacchio dieses Amt ausüben möchte. Ich frage aber schon in deine Richtung, Mario Eustacchio, wen glaubst du in deiner Position vertreten zu können als Gemeinderat hier in Graz? Vielleicht stellst du dir diese Frage einmal heute, morgen, die nächsten Tage.

Das Zweite ist, ich habe irgendwie so das Gefühl, dass wir hier so etwas wie ein Untersuchungsausschuss sind. Sind wir nicht. Oder ein öffentlich aufgeführtes Gerichtsverfahren. Nein, wir sind auch kein Gericht. Heute konsumieren mussten, ich sage wirklich mussten, weil vieles davon eh in den Medien nachzulesen ist und es deswegen diese Sondersitzung zumindest aus Sicht meiner Fraktion nicht gebraucht hat. Gebraucht hat es sie wegen der drei Antragspunkte und da danke ich dem Antragsteller, auch wenn ich nicht überall einer Meinung bin mit ihm.

Ich möchte einmal ganz kurz noch ein paar Dinge zusammenfassen. Es gab in dieser Periode mehrere Petitionen, danke Gemeinderat Pointner, an den Steiermärkischen Landtag. Die Organstellung und der Aufwertung des Stadtrechnungshofes betreffend wurde vom dortigen Verfassungsdienst zugeordnet dem Landeshauptmann vormals Schützenhöfer, jetzt Drexler, als nicht zulässig abgewiesen. Mir ist es und auch den Kolleginnen meiner Fraktion im Landtag ist es nicht klar, warum das abgewiesen werden musste. Wir haben da noch einen Extraversuch gestartet, zumindest die Wahlkampfkostenobergrenze für Gemeinderatswahlen in der Stadt Graz beim Landtag per Petition anzubringen. Der Landtag im Übrigen beziehungsweise die Landesebene hat ja eine Wahlkampfkostenobergrenze. Wir wollten das auch für Graz haben. Der Beschluss wurde gefasst, die Petition abgeschickt, es wurde dort im Petitionsausschuss an einen Unterausschuss verwiesen. Der Vorsitz obliegt der ÖVP, Landtagsklub ÖVP.

Dieser Unterausschuss ist nie zusammengetreten. Wir wissen, die Landtagsperiode ist aus, auch diese Petition leider verfallen. Auch im Vorfeld, in der letzten Periode, gab es schon das eine oder andere. Niko Swatek war aktiv, unsere Fraktion war aktiv, um Kontrolle, Transparenz und so weiter anzuheben. Es wird offenbar auf Landesebene nicht gehört. Ich belasse es jetzt einmal so. Ich glaube, ich habe eine hauptverantwortliche Partei dafür bereits benannt und ich hoffe, dass man, wie auch immer der neue Landtag dann gestaltet ist, wer auch immer dann welche Ressorts innehat, dass man sich dahingehend auch besinnt, dass die Stadt Graz einige Bedarfe hat und dass man diesen vielleicht wohlwollend prüfend, zwar aber wohlwollend, entgegenkommt und wir zu einer Lösung kommen für mehr Transparenz, für entsprechende Kostenersparnis bei Wahlkämpfen und Ähnliches mehr.

Zur Richtlinie der Klubförderung: Richtlinien, liebe Anna Hopper, sind nicht für die Ewigkeit zu bauen und können jederzeit aufgehoben werden. Was aus heutiger Sicht für mich traurig ist, dass wir noch immer mit der Richtlinie 2017 arbeiten, die offenbar Dinge ermöglicht hat, mutmaßlich, die nicht ganz in Ordnung waren.

Ich appelliere an alle Fraktionen, und vielleicht wird es nicht einstimmig, weil die einen sehr weit und die anderen nicht so weit gehen wollen: Versuchen wir, die Richtlinie für die Klubförderung in diesem Jahr noch im Dezembergemeinderat zur Geltung zu bringen, damit sie nächstes Jahr angewendet werden kann. Sonst arbeiten wir noch ein Jahr weiter mit den 17er Richtlinien. Darüber brauche ich mehr nicht sagen.

Und schlussendlich, was die Verfügungsmittel betrifft, die mittlerweile beinahe 30 Jahre zählen, 1997 eingeführt, bis 2004. Damals gab es einen Stadtdirektorwechsel, vom Stadtrechnungshof geprüft und kontrolliert. Dann wurde das eingestellt, was auch immer der Grund dafür war und wer auch immer das eingestellt hat. Nein, Günter Riegler, ich habe nicht gesagt, dass du das warst, in deiner Zeit als Stadtrechnungshofdirektor, das weiß ich nämlich nicht. Vielleicht gibst du uns eine Antwort darauf. Das möge bitte wieder, so wie es jetzt vorliegt, vom Stadtrechnungshof geprüft werden. Und ja, es wurde heute schon mehrfach geäußert, wir brauchen dafür ein besseres Reglement, ein erster Aufschlag. Danke, Herrn Magistratsdirektor, danke an Herrn Dr. Wonisch von der Präsidialabteilung, ein erster

Aufschlag ist gemacht, aber das ist noch nicht der Aufschlag, mit dem ich dann eigentlich als Richtlinie weiterarbeiten möchte.

In diesem Sinne, ich hätte mir gewünscht, dass wir statt dieses Schauprozessversuchs heute wirklich mit den drei Punkten arbeiten, aber jede und jeder darf, soweit es die Geschäftsordnung erlaubt, reden, über was er oder sie will. Ich hoffe aber, dass wir bei den drei Punkten jetzt wirklich, zumindest mit großer Mehrheit, wenn nicht einstimmig, endlich weiterkommen. Ich danke Ihnen und euch dafür allen.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke vielmals. Herr Stadtrat Riegler bitte.

Stadtrat **Riegler**:

Schon anlässlich der Lektüre des Berichtes wollte ich feststellen, es hat selbstverständlich auch in den Jahren nach 2004 regelmäßig Verfügungsmittelprüfungen gegeben, und das nur zur tatsächlichen Berichtigung.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke schön. Gibt es noch weitere Wortmeldungen? Wenn das nicht der Fall ist, frage ich, ob die Antragsteller noch das Schlusswort haben möchten. Bitte, Herr Gemeinderat Pointner.

Gemeinderat **Pointner**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, werter Stadtsenat, werte Kolleginnen und Kollegen. Aufmerksam in der Sache zugehört, danke Kollege Dreiseibner, ich möchte wieder auf die Sache zurückkommen und da gibt es für mich keine schlagkräftigen Argumente, die jetzt aufgetaucht sind und die mich auch nur annähernd überzeugen.

Ich möchte dem Kollegen Hackenberg aber wirklich nur in diesem einen Punkt Recht geben: Es ist eine rein politische Entscheidung und die Conclusio hier in der Sache ist, Sie wollen politisch einfach nicht. Sie wollen neben Parteifinanzierung und neben Klubfinanzierung einfach noch frei verfügbare und unkontrollierbare Verfügungsmittel haben. Warum unkontrollierbar? Weil der Verwendungszweck so breit gefächert ist, dass eine Kontrolle de facto keinen Sinn mehr macht. Egal, Sie wollen nicht sparsam und transparent handeln und alle jene Ausgaben, die Sie ins Treffen geführt haben, die können entweder über die Klubs oder über Repräsentationsausgaben im Stadtratsbüro abgerechnet werden. Und wie viel jetzt wiederum dafür budgetiert werden soll, das kann man sich ja anschauen, aber der Punkt Verfügungsmittel muss weg und sie, die Stadtregierung, hatten jetzt 18 Monate Zeit, sich Regeln zu überlegen, nur zur Erinnerung.

Sehr geehrter Herr Kollege Hackenberger, dass wir jetzt Populismus machen, das weise ich wirklich zurück. Denn auch ein Unternehmensvorstand, den Sie angeführt haben, der fünfstellige Summen oder noch mehr verdient, wie unsere Spitzenpolitiker, der kann sich, glaube ich, wie ein Spitzenpolitiker ein kleines Geschenk auch privat leisten, wenn er oder sie will. Wenn er oder sie, Unternehmer und Unternehmerin, wie Spitzenpolitiker und -politikerin, sich so schwer damit tun, dann kann er oder sie auch zweimal nachdenken, ob es nicht doch vielleicht Repräsentationsausgaben des Klubs sind. Deshalb bitte ich noch einmal vehement um Annahme des Abänderungsantrages für Transparenz und Sparsamkeit in unserer Stadt.

Danke.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke. Frau Klubobfrau Mohsenzada.

Klubobfrau **Mohsenzada:**

Nur ganz kurz, ich wollte nur sagen, ich empfinde dieses Stück nicht als ein langweiliges Schriftstück. Es haben Kolleginnen in der Präsidualabteilung und auch in der Magistratsabteilung auf Hochdruck gearbeitet. Ich danke Ihnen vielmals, sie gehen auf die ganzen Fragen perfekt ein, eben zum einen, was mit der Petition geschehen ist, und zum anderen die Historie, wie es in der Stadt Graz ausschaut, verglichen mit anderen Städten. Zum dritten Punkt einfach nur die Information, wie wir weiterverfahren. Also an dieser Stelle vielen Dank nochmals an die Präsidualabteilung und an die Magistratsabteilung.

Bürgermeisterin **Kahr:**

Dem Dank, glaube ich, können wir uns alle anschließen, weil es tatsächlich für diese Sondersitzung eine sehr kurze Vorbereitungszeit auch gegeben hat. Vielen Dank auch von meiner und unserer Seite hier.

Ich möchte nur noch einmal anmerken, die Kollegin Mohsenzada hat es schon gesagt: Also von unserer Seite, und das möchte ich persönlich noch einmal anmerken, weil mir das wichtig ist, sowohl die Richtlinie für die Klubförderung als auch die Richtlinien für die Verfügungsmittel, wäre lieber schon gestern als morgen. Ich gehe davon aus, dass wir das im Dezember auch so einbringen können. Alles andere wäre natürlich widersinnig, weil wir haben sehr viel darüber schon gesprochen. Wie gesagt, entweder ist es einstimmig oder mehrheitlich, das ist so in der Demokratie. Ich finde, wir sollten da auch tatsächlich nicht mehr länger zuwarten, weil mit ein Grund ist ja auch die heutige Debatte zu diesem Thema.

Eines möchte ich aber auch noch anmerken: Die Verfügungsmittel zu den Repräsentationsausgaben des Präsidualamtes abwickeln zu lassen, wäre, Herr Gemeinderat, im Sinne der Sparsamkeit keine Einsparung, sondern auch dort müsste man dann letztendlich Personal, zumindest eine Halbtagsstelle, zur Verfügung stellen.

Wir kommen nun aber zum Abänderungsantrag, eingebracht von Herrn Gemeinderat Philipp Pointner für die NEOS, und ich darf bitten, wer hier einverstanden ist, um ein Zeichen mit der Hand. Dieser Abänderungsantrag ist abgelehnt.

Der Abänderungsantrag wurde mehrheitlich abgelehnt (gegen NEOS).

Wir kommen zum Stück selbst, wo ein Punkt zur Abstimmung kommen soll. Ich wiederhole es nur noch einmal: Dass die Finanzdirektion beauftragt wird, Beschlüsse zum kommenden Voranschlag im Sinne des Motivberichts auszuarbeiten. Ich darf hiermit ersuchen, wer mit diesem Stück einverstanden ist, mit dem Zeichen mit der Hand. Gegenprobe. Dieses Stück ist mit allen Stimmen, nur mit den Stimmen der NEOS, so beschlossen.

Der Antrag wurde mehrstimmig angenommen (gegen NEOS).

Ich danke vielmals für die Konzentration und Geduld auch aller Anwesenden und Zuhörerinnen. Wir kommen dann weiter zusammen mit der ordentlichen Gemeinderatssitzung. Jetzt ist es aber schon 13.00 Uhr und wenn Sie einverstanden sind, machen wir eine halbe Stunden Pause, dass wir dann um 13.30 Uhr hier wieder zusammenkommen. Danke schön.

Ende der außerordentlichen öffentlichen Gemeinderatssitzung: 13.00 Uhr.